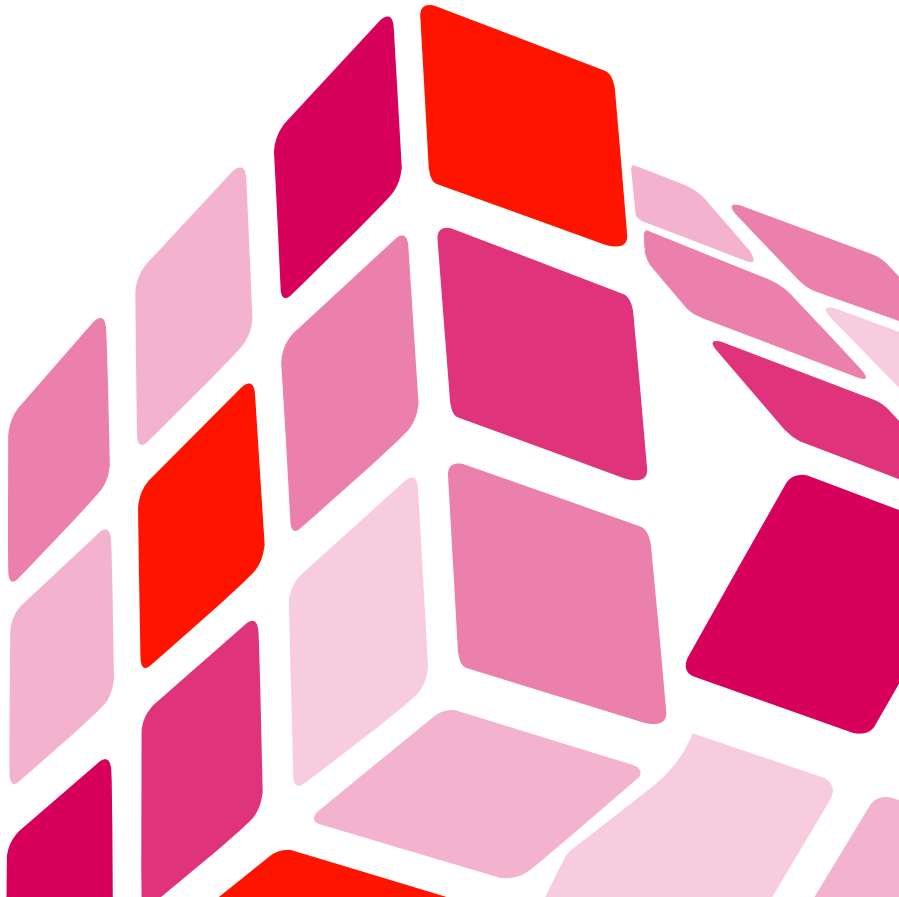


GESELLSCHAFT

FINANZDOMINIERTE AKKUMULATION UND DIE KRISE IN EUROPA

ALEX DEMIROVIĆ UND THOMAS SABLowski



1. Verkürzte Sichtweisen der Krise	4
2. Der Zusammenhang von industriellem, zinstragendem und fiktivem Kapital	6
3. Das globale, finanzdominierte Akkumulationsregime und seine Widersprüche	8
4. Krisenmerkmale des finanzdominierten Akkumulationsregimes	17
5. Krisenzyklus und multiple Krise	22
6. Die europäische Krise und ihre Widersprüche	25
7. Deutschland und die Krise des Krisenmanagements	31
8. Was tun?	36
Literatur	42

FINANZDOMINIERTE AKKUMULATION UND DIE KRISE IN EUROPA¹

Die herrschenden Klassen sind uneins im richtigen Umgang mit der gegenwärtigen Krise und mit Europa: Soll der Euro verteidigt werden, wäre eine Aufspaltung der Eurozone sinnvoller oder sollte der Euro nicht besser vollständig aufgegeben werden? Soll die Europäische Zentralbank unbeschränkt Staatsanleihen aufkaufen oder würde dies lediglich eine verantwortungslose Ausgaben- und Verschuldungspolitik der Mitgliedsstaaten begünstigen und geradewegs in die Inflation führen? Ist die Austeritätspolitik notwendig, um die Krise zu überwinden, oder wäre eine stärker keynesianisch orientierte Investitionspolitik notwendig? Ist eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat und seine Kompetenzen oder ist eine Vertiefung der europäischen Integration eine sinnvolle Strategie?

Der Linken kann diese Situation nicht gleichgültig sein. Bislang beschränkt sie sich auf eine Haltung der (bisher wenig erfolgreichen) Abwehr: «Wir zahlen nicht für eure Krise.» Viele Analysen geben durchaus gute und technische Ratschläge, wie die Krise vielleicht doch unter Kontrolle gebracht werden könnte. Nicht, dass die Herrschenden und Regierenden darauf hörten. Selbst wenn sie es täten, ist nicht sicher, ob das auch den erwünschten Effekt hätte, die Krise in den Griff zu bekommen. Es stellt sich die Frage nach dem emanzipatorischen Moment der Krise. Denn eine Krise eröffnet auch immer Handlungsmöglichkeiten: Was bisher so selbstverständlich erschien, kann so nicht mehr weitergehen. Gegenwärtig treten diese Emanzipationspotenziale in den Hintergrund,

weil mit der Art und Weise, wie die Krise bewältigt wird, Tendenzen zu einer nationalistischen Spaltung zur Geltung kommen.

Auch in linken Analysen erscheint das Problem als eines zwischen Deutschland und Griechenland, zwischen Frankreich und Deutschland ... Die Regierung Merkel erscheint als Zuchtmeisterin, die den europäischen Staaten die Austeritätspolitik aufzwingt. Von diesen Entwicklungen ist nolens volens auch die Linke in Deutschland betroffen, die ihre Kritik an der europäischen Krisenpolitik angesichts der relativ stabilen ökonomischen und politischen Lage hierzulande nur schwer vermitteln kann.

Wir schlagen im Folgenden vor, die gegenwärtige Konstellation im Zusammenhang der Entwicklung des finanzdominierten Akkumulationsregimes² zu begreifen. Die auftretenden Widersprüche sind dafür spezifisch. Da das Regime selbst nicht infrage gestellt wird, reproduzieren sich die Widersprüche auf im-

¹ Dieser Text ist eine erheblich erweiterte und überarbeitete Fassung unseres Aufsatzes in der Zeitschrift PROKLA, Heft 166, März 2012. In den Text sind unter anderem Ergebnisse einer Diskussion des Arbeitskreises kritische Europaforschung (AkE) der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) eingeflossen. Wir danken Hans-Jürgen Bieling, Pia Eberhardt, Axel Gehring, Fabian Georgi, Mathis Heinrich, Niko Huke, John Kannankulam, Daniel Keil, Anika Kozicki, Roland Kulke, Malte Lühmann und Lukas Oberndorfer für wichtige Anregungen. ² Der Begriff Akkumulationsregime stammt aus der französischen Regulationstheorie (vgl. Aglietta 1979, 68 ff.). Ein Akkumulationsregime «ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben, usw. ...) herstellt» (Lipietz 1985, 120). Der Begriff des finanzdominierten Akkumulationsregimes wird weiter unten entwickelt.

mer höherem Niveau und ziehen immer weitere gesellschaftliche Verhältnisse in die Krise hinein. Vor diesem Hintergrund wollen wir einige Überlegungen zur Politik der Linken und der sozialen Bewegungen in der gegenwärtigen Situation anstellen.

Wir gehen dabei von folgenden Hypothesen aus beziehungsweise vertreten folgende Thesen:

1. Obwohl die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen schärfer hervortreten, betreffen die aktuellen Kontroversen zur Krisenpolitik im bürgerlichen Lager primär nur verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung des finanzdominierten Akkumulationsregimes und zur Sicherung des bisher privat angeeigneten gesellschaftlichen Reichtums der Vermögensbesitzer. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass sich in der Krise hinter dem Rücken der Akteure neue Möglichkeiten bilden. Das Alte kann nicht fortgesetzt werden, das Neue hat sich noch nicht durchgesetzt, aber Alternativen sind erkennbar. Diese reichen von autoritär-staatlichen Maßnahmen über *Geo-Engineering*, grünen Kapitalismus und Green New Deal bis zu einer demokratischen sozial-ökologischen Transformation mit einer sozialistischen Perspektive (vgl. IfG 2011).

2. Die Austeritätspolitik ist nichts anderes als die Fortsetzung und Verstärkung der Prozesse mit staatlichen Mitteln, die ohnehin in jeder Krise ablaufen: Die Gegenteilstendenzen zum Fall der Profitrate werden wirksam – die Kräfteverhältnisse verschieben sich zugunsten des Kapitals. Möglicherweise löst die Austeritätspolitik die Krise nicht, aber solange der Druck der Krise anhält, sind Maßnahmen gegen die subalternen Klassen

immer weiter durchsetzbar. Es wird der Eindruck der Alternativlosigkeit erzeugt, selbst wenn die Regierungen oftmals sehr unsicher sind und in ihrem Kurs schwanken.

3. Die Länder Europas nehmen innerhalb des globalen finanzdominierten Akkumulationsregimes unterschiedliche Positionen ein. Zusammen mit der Konkurrenz des Kapitals führt dies dazu, dass die Staaten sich wechselseitig bei substantziellen Veränderungen der Regulierung des Finanzsektors blockieren und der Status quo begünstigt wird. Die Kontroversen zwischen den Regierungen sollten jedoch nicht die grundlegenden Übereinstimmungen übersehen lassen. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und dem Fiskalpakt zeichnen sich eine weitere Vertiefung und zugleich eine Verschärfung der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Integration ab.

4. Insbesondere die Rolle Deutschlands wird vielfach kritisiert, weil die Regierung Merkel den Euroländern die Schuldenbremse und letztlich die Kontrolle ihrer Politik durch die Kommission der Europäischen Union aufzwingt. Tatsächlich wird das Gewicht Deutschlands innerhalb der Europäischen Union (EU) weiter gestärkt. Das deutsche Kapital erscheint bisher als Krisengewinner. Allerdings vertritt die deutsche Regierung nicht nur die Interessen des deutschen Kapitals. Die von der deutschen Regierung besonders verfochtene Austeritätspolitik wird in Europa umgesetzt, weil sie die Reproduktion des Akkumulationsregimes insgesamt sichern soll und damit den Interessen einer dominanten transnationalen Kapitalfraktion entspricht, die sich in ganz Europa findet. Die These von einem

deutschen Imperialismus in der Krise halten wir also nicht für plausibel, wenn damit im Sinne der klassischen Imperialismustheorie gemeint ist, dass der Nationalstaat lediglich die Interessen einer nationalen Bourgeoisie repräsentiert.

5. Hauptaufgabe der Linken ist es, die Defensive der subalternen Klassen gegen die Austeritätspolitik zu organisieren. Was die Strategie der Europapolitik angeht, so sollte die Linke sich nicht – wie die Rechte – antieuropäisch positionieren, sondern sich perspektivisch am Ziel der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa orientieren, also einer politischen Union, die einen sozialen Ausgleich innerhalb von Europa gewährleisten kann. Bei den Bemühungen, Handlungsspielräume gegen die neoliberale Integration zu verteidigen und Alternativen zu entwickeln, kann es aus taktischen Gründen sinnvoll sein, sich auf den Nationalstaat und die davon ausgehenden Ungleichzeitigkeiten zu stützen. So war es beispielsweise richtig, den EU-Verfassungsvertrag abzulehnen, und es ist richtig, den Fiskalpakt abzulehnen. Die europäischen Verträge müssten in vieler Hinsicht geändert werden. Die Freiheit der Menschen in Europa kann nur gewährleistet werden, indem die Freiheit des Kapitals beseitigt wird. Europa müsste von unten ganz neu aufgebaut werden, etwa durch Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung und durch eine Sozialunion.

1. Verkürzte Sichtweisen der Krise

Gegenwärtig erscheint die Krise in Europa als Ergebnis staatlicher Verschuldung. Allerdings handelt es sich um eine der Erscheinungsformen des länger anhaltenden Prozesses der glo-

balen Finanz- und Wirtschaftskrise. Ihr offener Ausbruch wurde von der Krise des *Subprime*-Hypothekenmarktes in den USA markiert, die dann in eine Krise der Banken, im Weiteren in eine Krise der Staatshaushalte und des Euro überging. Anders als es die neoliberale Ideologie seit Jahrzehnten und in der Krise erneut propagiert, haben die Gesellschaften Europas nicht «über ihre Verhältnisse gelebt». Vielmehr sind die Haushaltsdefizite durch die staatlichen «Rettungspakete» für die Banken, die «Konjunkturpakete», die wegbrechenden Steuereinnahmen, die wachsende Arbeitslosigkeit sowie die in der Krise relativ zum Sozialprodukt steigenden Sozialausgaben gewachsen.

Wir haben es gegenwärtig, so unsere These, mit einer multiplen Krise der bürgerlichen Gesellschaftsformation und einer «großen» Krise der kapitalistischen Produktionsweise zu tun. Eine große Krise deshalb, weil sie im Unterschied zu einer «kleinen» Krise nicht durch kleinere Anpassungen im Rahmen des vorherrschenden Akkumulationsregimes und der dominanten Regulationsweise des Kapitalismus gelöst werden kann. Sie erfordert eine tief greifende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Altvater 1983, 93 ff.; Lipietz 1985, 113; Boyer 1986, 66 ff.).

Mit Antonio Gramsci kann man auch von einer organischen Krise sprechen: Die ökonomische Krise entwickelt sich in einer Reihe von Ländern zu einer politischen und ideologischen Krise, einer Krise der Repräsentation, durch die die Ausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung zunehmend infrage gestellt wird (Candeias 2010). Es handelt sich um die Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes, das die

heute bestimmende Form der Kapitalverwertung darstellt und sich seit den 1970er-Jahren herausgebildet hat, um die Krise des Fordismus zu bewältigen (vgl. Aglietta 1979, Lipietz 1985). Was Europa angeht, so kommen hier noch die Widersprüche der Europäischen Währungsunion und des Europäischen Stabilitätspaktes hinzu.

Zwei in der Linken verbreitete Auffassungen stehen einem adäquaten Verständnis der Krise entgegen: Zum einen die Sichtweise, dass die Krise alleine durch die Maßlosigkeit des Profitstrebens der Banken verursacht worden sei, deren «eigentliche» Funktion es sein müsste, der «Realwirtschaft» zu «dienen». Es ist zwar richtig, dass die gegenwärtige Krise auch eine Bankenkrise ist. Die Maßlosigkeit des Profitstrebens der Banken ist allerdings keine Entgleisung, keine Abweichung von irgendeiner vermeintlich richtigen Funktionsweise. Banken müssen wie alle anderen Unternehmen ihr Kapital verwerten, aus Geld mehr Geld machen. Und der Drang zur Kapitalverwertung, der immer maßlos ist, wird den Banken wie allen anderen Unternehmen bei Strafe ihres eigenen Untergangs durch die Konkurrenz aufgeht.

Die subjektive «Gier der Banker» ist lediglich eine Folge des strukturellen Zusammenhangs der kapitalistischen Produktionsweise. Im Kapitalismus geht es nie primär um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sie ist vielmehr nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung. Deswegen können Banken der «Realwirtschaft» auch nur unter der Voraussetzung «dienen», dass sie dem maßlosen Drang zur Kapitalverwertung nachkommen. Es ist auch nicht so, dass die Banken einseitig Handel und Indus-

trie dominieren, wie eine auf Rudolf Hilferding zurückgehende Auffassung nahelegt. Im Kapitalismus besteht vielmehr eine wechselseitige Abhängigkeit von Banken, Handel und Industrie. Der Teil der Linken, der nur in den Banken die Verursacher der Krise sieht, gibt sich der Illusion hin, die Krise könne einfach durch eine andere Form der Regulierung der Banken und der Finanzmärkte überwunden werden.

Ebenso problematisch ist eine zweite Sichtweise in der Linken, die jede kritische Beschäftigung mit dem Finanzsektor reflexhaft als verkürzte Kapitalismuskritik oder gar als antisemitisch abtut. Die Produktion gilt hier als wesentlich, die Zirkulation als sekundär, als bloße Oberfläche der kapitalistischen Produktion. Zu eng und unkritisch wird hier Max Horkheimers Überlegung gefolgt, dass mit der Herrschaft marktbeherrschender Monopole die Vermittlung der Produktionsverhältnisse durch die Zirkulation historisch beseitigt worden sei (Horkheimer 1988b, 325). Diese empirisch nicht haltbare These sollte erklären, dass Juden, denen aufgrund des christlichen Zinsverbots die Funktion von Bankiers gleichsam als Beruf zugewiesen wurde, innerhalb des Kapitalismus nicht mehr gebraucht würden und von der faschistischen Propaganda als Opfer ausgesucht werden könnten.

Heute wird daraus der ideologische Umkehrschluss gezogen, jede Kritik an der Finanzmarktindustrie sei antisemitisch. Linke treffen sich hier mit dem Chef des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo), Hans Werner Sinn, und Ex-Bundespräsident Christian Wulff, die glauben, die Bankmanager dadurch verteidigen zu können, dass sie sie in die Nähe der verfolgten Juden rücken.

Kapitalismuskritik wird auf Ideologiekritik reduziert und ist entgegen ihrem eigenen Anspruch selbst verkürzt, weil sie sich nicht die Mühe macht, die besonderen, relativ verselbstständigten Formen des Finanzkapitals und ihre jeweiligen Funktionen zu untersuchen. Auch die historischen Veränderungen der Regulation der kapitalistischen Produktionsweise und ihre politische Bedeutung werden nicht zur Kenntnis genommen. Kapitalismuskritik bleibt so abstrakt und ist nicht in der Lage, auf die gegenwärtige Krise strategisch und taktisch adäquat zu antworten. Die heutigen, von der kapitalistischen Produktionsweise beherrschten Gesellschaften sind jedoch andere als die vor 50, 100 oder 150 Jahren. Tatsächlich haben sich in den letzten Jahrzehnten Veränderungen in der Entwicklungsweise des Kapitalismus ergeben, die wir als Herausbildung eines finanzdominierten Akkumulationsregimes begreifen.

2. Der Zusammenhang von industriellem, zinstragendem und fiktivem Kapital

Wie Marx im «Kapital» dargestellt hat, nimmt die «Verwertung des Werts» unterschiedliche Formen an, die sich gegeneinander verselbstständigen, zugleich aber in einem systemischen Zusammenhang stehen. Gerade in Krisen macht sich der Zusammenhang der verschiedenen verselbstständigten Formen des Geldes und des Kapitals gewaltsam geltend. Kapital kann zum einen für die Produktion von Waren oder Dienstleistungen vorgeschossen werden und fungiert dann als industrielles Kapital: Arbeitskräfte werden angeheuert und Produktionsmittel werden gekauft, Geldkapital wird so in produktives Kapital um-

gewandelt. Arbeiter produzieren Waren unter der Regie des Kapitals, produktives Kapital wird so in Warenkapital verwandelt. Dabei wird nicht nur der Wert der Arbeitskräfte und der Produktionsmittel reproduziert, sondern Mehrwert wird produziert. Waren werden verkauft und Warenkapital wird dadurch wieder in Geldkapital zurückverwandelt, gleichzeitig wird der Mehrwert realisiert. Ein Teil des realisierten Mehrwerts wird reinvestiert, also akkumuliert, und das vergrößerte Kapital durchläuft den Kreislauf von Neuem.

Mit diesem Kreislauf des industriellen Kapitals ist der Kreislauf des zinstragenden Kapitals verknüpft (MEW 25, 350 ff.). Weil Geld nicht bloß als Zirkulationsmittel, sondern auch als Kapital fungiert, kann jeder Geldbetrag als potenzielles Kapital betrachtet werden. In dieser Eigenschaft als potenzielles Kapital vermittelt das Geld nicht nur den Austausch von Waren, es wird selbst zur Ware: Es wird gegen Zins verliehen. Im Kreislauf des zinstragenden Kapitals scheint sich Geld unmittelbar selbst zu vermehren, zinstragendes Kapital ist daher, wie Marx anmerkte, «die Mutter aller verrückten Formen» (ebenda, 483). Der Kreislauf des zinstragenden Kapitals steht zum Kreislauf des industriellen Kapitals in einem widersprüchlichen Verhältnis: Mit dem vorgeschossenen «Fremdkapital» kann das produktive Kapital vergrößert werden, es kann also potenziell mehr Mehrwert produziert und akkumuliert werden. Andererseits stellen die von dem industriellen Kapitalisten als Kreditnehmer zu zahlenden Zinsen einen Abzug von seinem Mehrwert dar: Dieser spaltet sich in Zins und Unternehmergewinn. Zwischen dem Kreditgeber und dem Kreditnehmer besteht so

einerseits ein Interessengegensatz bezüglich der Höhe des zu zahlenden Zinses. Andererseits profitieren sowohl der Kreditgeber als auch der Kreditnehmer von der gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft, wenn der realisierte Mehrwert höher ist als der zu zahlende Zins.

Der Kreislauf des zinstragenden Kapitals ist notwendig für die erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Die Notwendigkeit des Kreditangebots und der Kreditnachfrage lässt sich aus dem industriellen Kapitalkreislauf heraus erklären. In diesem kommt es systematisch immer wieder zur Brachlegung von Geld. So amortisiert sich zum Beispiel das fixe, in Maschinen und Anlagen investierte Kapital nur stückweise über Jahre hinweg: Stück für Stück fließt der auf die produzierten Waren übertragene Wert des fixen Kapitals in Form von Geld zurück in die Hände des Kapitalisten. Dieser kann das Geld oft nicht sofort wieder in produktives Kapital reinvestieren, aber als zinstragendes Kapital anderen Kapitalisten zur Verfügung stellen und so an deren Verwertungsprozessen partizipieren. Umgekehrt benötigen industrielle Kapitale für die Kontinuität ihrer Umschlagsprozesse in der Regel einen Reservefonds bzw. ein Zusatzkapital, das durch die Kreditaufnahme aufgebracht werden kann.

Durch den Kredit kann die Akkumulation über die Grenzen des realisierten Mehrwerts hinaus erweitert werden. Dies gilt nicht nur für das Einzelkapital, sondern auch für das gesellschaftliche Gesamtkapital: Über das Kreditsystem wird nicht bloß bereits realisierter Mehrwert in Form von brachliegendem Geld in zinstragendes Kapital verwandelt, sondern die Banken schaffen Kreditgeld

gleichsam «aus dem Nichts», das heißt in Beträgen, die weit über den ihnen in Form von Depositen zur Verfügung gestellten Teil des gesellschaftlichen Wertprodukts, das in früheren Perioden geschaffen wurde, hinausgehen. Mit den Zinsen werden Ansprüche auf zukünftige gesellschaftliche Arbeit erhoben. Dieser teilweise langfristige Vorgriff auf die Zukunft ist nur möglich, wenn Erwartungssicherheit besteht und unterstellt werden kann, dass die Bedingungen derart stabil gehalten werden, dass das vorgeschossene Geldkapital auch zurückkommt.

Von den Kreisläufen des industriellen Kapitals und des zinstragenden Kapitals leitet sich eine weitere Kapitalform ab, die in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen hat: das fiktive Kapital (MEW 25, 482 ff.). Fiktives Kapital entsteht durch die Verbriefung von Krediten, also durch den Weiterverkauf der Forderungen der Gläubiger bzw. durch die Bildung von Aktiengesellschaften, wobei das in ein Unternehmen eingezahlte Kapital sich in Gestalt der Aktien scheinbar verdoppelt. Marx bezeichnet Wertpapiere als fiktives Kapital, weil die Wertpapiere selbst kein fungierendes Kapital sind, sondern lediglich Rechtsansprüche auf Teile des Wertprodukts verkörpern, dessen Produktion in zukünftigen Verwertungsprozessen erwartet wird. Das fiktive Kapital behält daher seinen «Wert», genauer: seinen Preis auch nur in dem Maße, in dem der Glaube an die zukünftigen Verwertungsprozesse existiert, das heißt in dem sich Käufer für diese Wertpapiere finden. Preiserhöhungen der Wertpapiere werden zu einer eigenständigen Form der Verwertung, die neben den Zinsen, die dem Preis festverzinslicher Wertpa-

piere zugrunde liegen, oder neben den Dividenden, die an die Aktionäre gezahlt werden, die Rendite des angelegten Geldkapitals bestimmen.

Die Spekulation auf Preisänderungen des fiktiven Kapitals ist ebenso wie die Spekulation auf Preisänderungen anderer Waren Basis derivativer Finanzgeschäfte: Termingeschäfte, Optionsgeschäfte und Swaps haben den Charakter von Wetten auf derartige Preisänderungen. Die derivativen Finanzgeschäfte können der Absicherung gegen Preisschwankungen dienen, aber sie sind zugleich eine eigenständige Quelle spekulativer Verwertung des Geldkapitals. Die Absicherungsfunktion ist von der Spekulation nicht zu trennen, da es bei jedem Absicherungsgeschäft einer Gegenpartei bedarf, die auf eine gegenläufige Entwicklung der dem Geschäft zugrunde liegenden Preise spekuliert.

Der Formunterschied zwischen dem fiktiven Kapital und dem tatsächlich fungierenden Kapital spielt in der Rechnung der Kapitalanleger keine Rolle. Er macht sich erst in Krisen geltend, genauso wie der Unterschied zwischen Kreditgeld oder Buchgeld und «wirklichem» Geld, nämlich dann, wenn sich die Wertlosigkeit des fiktiven Kapitals oder des Kredits erweist. Aber um es zu betonen: Es handelt sich nicht um nur nominalen Reichtum, sondern um die Vernichtung von erworbenen Eigentumstiteln, für die zuvor gesellschaftliche Arbeit erbracht wurde und die durch Kapitaleigentümer in der einen oder anderen Form angeeignet wurden. Irgendjemand verliert real – und in der Krise geht es nicht zuletzt um eine Auseinandersetzung darum, wer die Verlierer sind.³

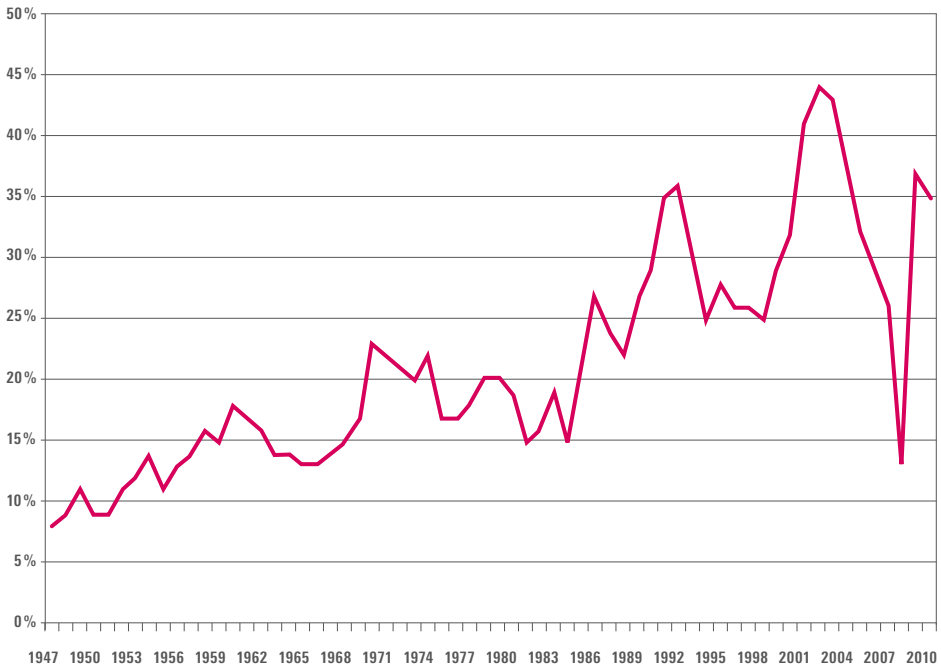
3. Das globale, finanzdominierte Akkumulationsregime und seine Widersprüche

Alle diese Formen und Prozesse sind allgemeine Merkmale des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Sie werden im finanzdominierten Akkumulationsregime in einen spezifischen Zusammenhang gebracht. Um dieses Regime und die mit ihm verbundene Krise zu verstehen, ist es notwendig, die Entwicklung der Kreisläufe des industriellen Kapitals, des zinstragenden Kapitals, des fiktiven Kapitals und der Derivate näher zu betrachten. Es lässt sich feststellen, dass das zinstragende Kapital, vor allem aber das fiktive Kapital und die Derivate in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller angewachsen sind als das industrielle Kapital. Der Anteil der Profite der Kapitalgesellschaften des Finanzsektors an den Profiten aller Kapitalgesellschaften in den USA ist zwischen 1947 und 2010 von acht auf 35 Prozent gestiegen (vgl. Abbildung 1).

Die privaten Kredite von Banken und anderen Finanzinstituten stiegen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den USA von 71 Prozent im Jahr 1960 auf 202 Prozent im Jahr 2007, in Deutschland von 39 auf 105 Prozent. Die Marktkapitalisierung der Aktienmärkte stieg im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in den USA von 58 Prozent im Jahr 1989 auf 144 Prozent im Jahr 2007, in Deutschland von 23 auf 57 Prozent (Daten der Financial Structure Database der Weltbank). Im Jahr 2007 hatte der Markt für US-amerikanische Staatsanleihen ein Volumen von 4,4 Billionen

³ Vgl. zur Bedeutung des Geldes, des Kredits und der Finanzmärkte im Kapitalismus allgemein Itoh/Lapavistas 1999, zur historischen Entwicklung des Geldes und des Kredits aus regulationstheoretischer Perspektive Guttman 1994.

Abbildung 1: Anteil der Profite des Finanzsektors an den Profiten aller Kapitalgesellschaften in den USA, 1947–2010



Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis:
NIPA Table 1.14, eigene Berechnungen

US-Dollar, der Markt für verbrieft Hypotheken ein Volumen von 7,1 Billionen US-Dollar und der US-amerikanische Aktienmarkt eine Marktkapitalisierung von 21,9 Billionen US-Dollar.

Allerdings nahm sich das Wachstum dieser Märkte während des Booms bis 2007 noch relativ bescheiden aus im Vergleich zum Wachstum des Marktes für Kreditausfallversicherungen, der in den 1990er-Jahren praktisch noch kaum existierte und im Jahr 2007 Kontrakte im Volumen von 45,5 Billionen US-Dollar umfasste (Morgenson 2008). Im Jahr

2007 summierte sich das in Form von Krediten, Anleihen und Aktien angelegte zinstragende und fiktive Kapital global auf 202 Billionen US-Dollar. Im Jahr 1990 betrug diese globalen Finanzanlagen 261 Prozent des globalen Sozialprodukts, im Jahr 2007 waren es 376 Prozent (vgl. McKinsey 2011; 2, Tabellen 1 und 2). Finanzanlagen sind also erheblich schneller gewachsen als das globale Sozialprodukt.

Die Bedeutung einfacher, nicht verbrieft Kredite hat allerdings relativ eher abgenommen, und die Anleiheemissionen

Tabelle 1: Globales Finanzvermögen 1990–2010 (in Billionen US-Dollar)

	1990	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Wachstum 1990/2000 in Prozent	Wachstum 2000/2007 in Prozent	Wachstum 2007/2010 in Prozent
Nichtverbriefte Kredite	22	31	38	40	43	45	47	49	140,9	138,7	114,0
Verbriefte Kredite	2	6	11	14	15	16	16	15	300,0	250,0	100,0
Anleihen von Nichtfinanzunternehmen	3	5	6	7	8	8	9	10	166,7	160,0	125,0
Anleihen von Finanzunternehmen	8	19	29	35	41	41	44	42	237,5	215,8	102,4
Staatliche Schuldverschreibungen	9	16	25	28	30	32	37	41	177,8	187,5	136,7
Aktienmarktkapitalisierung	11	36	45	55	65	34	48	54	327,3	180,6	83,1
Globale Finanzanlagen insgesamt	55	113	154	179	202	176	201	211	205,5	178,8	104,5
Globales Sozialprodukt	21	35	46	50	54	57	56	59	166,7	154,3	109,3

Quelle: McKinsey 2011, 13

Tabelle 2: Globales Finanzvermögen in Prozent des globalen Sozialprodukts

	1990	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Nichtverbriefte Kredite	104	88	82	80	80	79	83	83
Verbriefte Kredite	9	17	24	28	28	28	28	25
Anleihen von Nichtfinanzunternehmen	14	14	13	14	15	14	16	17
Anleihen von Finanzunternehmen	38	54	63	70	76	72	79	71
Staatliche Schuldverschreibungen	43	46	54	56	56	56	66	69
Aktienmarktkapitalisierung	52	103	98	110	120	60	86	92
Globale Finanzanlagen insgesamt	261	321	334	360	376	309	356	356

Quelle: McKinsey 2011, 13, eigene Berechnungen

von Nichtfinanzunternehmen sind im Verhältnis zum Sozialprodukt nahezu konstant geblieben. Gewachsen sind vor allem die Verbriefungen von Krediten, die Anleiheemissionen von Finanzunternehmen, die Staatsverschuldung und die Kapitalisierung der Aktienmärkte. Der Zusammenhang der verschiedenen Kreisläufe gleicht einer auf dem Kopf stehenden Pyramide, bei der sich die Basis, der Kreislauf des industriellen Kapitals, relativ klein ausnimmt im Vergleich zu den darauf aufbauenden Kreisläufen des Finanzkapitals, das heißt des zinstragenden Kapitals, des fiktiven Kapitals und der Derivate.

Diese ungleiche Entwicklung der verschiedenen Kapitalformen ist keineswegs zufällig. Um sie zu begreifen, ist es notwendig, historisch bis zur Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren zurückzugehen. Um der damaligen Profitabilitätskrise zu entgehen, verfolgte das Kapital verschiedene Strategien: die Verlagerung der Produktion in die kapitalistische Peripherie oder Semiperipherie, den direkten Angriff auf die Arbeiterklasse in den Zentren (Massenentlassungen, Schwächung der Gewerkschaften, Senkung der Löhne, Abbau der Sozialleistungen, Prekarisierung) und die Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für Kapital durch Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Infolge dieser Umstrukturierungsprozesse hat sich die Entwicklungsweise des Kapitalismus in vieler Hinsicht geändert.

1. In den kapitalistischen Zentren haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen den herrschenden und den beherrschten Klassen massiv zuungunsten der Letzteren verschoben. Dies lässt sich zum Beispiel an den sinkenden Lohnquoten in den kapitalistischen Zentren

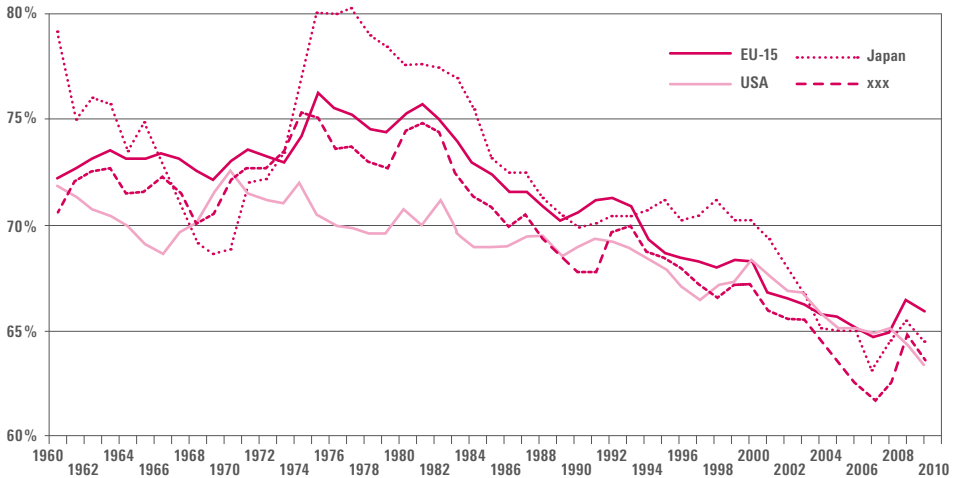
feststellen, die als Indikator für steigende Mehrwertraten gelten können. So sank die bereinigte Lohnquote in Westdeutschland von 75,2 Prozent im Jahr 1974 auf 67,8 Prozent im Jahr 1991. Die gesamtdeutsche bereinigte Lohnquote sank von 69,6 Prozent im Jahr 1992 auf 61,7 Prozent im Jahr 2007, im Durchschnitt der EU-15⁴ sank sie von 74,2 Prozent im Jahr 1974 auf 64,7 Prozent im Jahr 2007 (vgl. Abbildung 2).

Die durchschnittlichen Reallöhne in den kapitalistischen Zentren stagnieren seit Beginn der 1990er-Jahre. In Deutschland sank das reale Bruttoentgelt pro lohnabhängig Beschäftigtem von 1994 bis 2008 sogar um 3,3 Prozent (eigene Berechnung nach BMAS 2009). Produktivitätssteigerungen kommen den Lohnabhängigen kaum noch in Form steigender Kaufkraft zugute. Gleichzeitig nahm die Lohnspreizung, also die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen zu (vgl. OECD 2007, 268 f.; ILO 2009, 24). Viele Beschäftigte mit niedrigen Löhnen sind demnach von Kaufkraftverlusten betroffen. In den USA lag sogar das reale Durchschnittseinkommen der unteren 90 Prozent der Gesellschaft im Jahr 2008 niedriger als im Jahr 1973, Steigerungen der Realeinkommen kamen ausschließlich den obersten 10 Prozent der Gesellschaft zugute (Piketty/Saez 2010, Tabelle A4).

Der populäre Slogan «We are the 99%!» der *Occupy*-Bewegung ist nicht aus der Luft gegriffen, auch wenn der virtuelle Block der 99 Prozent aus verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen besteht: In den USA stieg der Anteil des

⁴ Zu den EU-15 gehören alle Mitgliedsstaaten vor der sogenannten Osterweiterung im Jahr 2004, also Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien.

Abbildung 2: Bereinigte Lohnquote in Prozent des BIP



Quellen: 1960–2000: European Commission: European Economy, Spring 2002, Statistical Annex, Tabelle 32, 73 f.; 2001–2010: European Commission: European Economy, Spring 2011, Statistical Annex, Tabelle 32, 92 f.

Anmerkungen:

EU-15 umfasst 1960–1991 Westdeutschland, 1992–2010 Gesamtdeutschland. Die Lohnquote ist die Vergütung pro Beschäftigtem in Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu Faktorkosten pro Beschäftigtem.

reichsten einen Prozents der Haushalte am gesamten Volkseinkommen von 7,7 Prozent im Jahr 1973 auf 18,3 Prozent im Jahr 2007 (ebenda, Tabelle A 1).⁵

Die Stagnation der Reallöhne wurde zum Teil durch eine zunehmende Verschuldung der Lohnabhängigen kompensiert. Wie Stockhammer (2007, 645) gezeigt hat, ist die Verschuldung der privaten Haushalte im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen nicht nur in den USA, sondern auch in Japan und in einer Reihe von EU-Ländern zwischen 1995 und 2005 deutlich angewachsen (vgl. Tabelle 3).

Indem die Lohnabhängigen sich verschuldeten, versuchten sie, ihre Ausgaben für die eigene Wohnung, das Auto, Krankenhausaufenthalte oder das Studium ihrer Kinder zu decken. Die zum Teil auch staatlich subventionierte Verschuldung der Lohnabhängigen ersetzte bei-

⁵ Und dabei sind die Buchgewinne aus der Steigerung von Wertpapierpreisen noch nicht eingerechnet. Schließt man diese ein, dann erhöhte sich der Anteil des reichsten einen Prozents der Haushalte am Volkseinkommen von 9,2 Prozent im Jahr 1973 auf 23,5 Prozent im Jahr 2007 (Piketty/Saez 2010). Die Berechnungen von Piketty und Saez beruhen auf einer Auswertung der Einkommensteuerstatistik. Aufgrund der hohen Kapitalmobilität und Steuerhinterziehung gerade bei den Reichen kann man davon ausgehen, dass die reale Einkommensungleichheit noch weitaus höher ist, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt.

Tabelle 3: Verschuldung der Haushalte in Prozent ihres verfügbaren Einkommens

	1995	2000	2005
USA	93	107	135
EU ¹	91	113	139 ²
Japan	113	136	132 ²

Quelle: Stockhammer 2007, 645

Anmerkungen:

- 1 Die EU-Werte sind ungewichtete Mittel der Werte für Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Spanien.
- 2 Schulden für Dänemark, Spanien und Japan 2004 statt 2005.

spielsweise den sozialen Wohnungsbau und bezahlbare Mietwohnungen. Die herrschenden Konsumnormen, etwa die Fixierung auf Wohnungseigentum oder den Besitz eines Autos, wurden so reproduziert. In den USA, wo die jüngste Krise ihr Epizentrum hatte, entfiel der größte Teil der Verschuldung der privaten Haushalte auf Hypotheken für Eigenheime. 1983 waren die Wohnungen von 36,9 Prozent aller Haushalte mit Hypotheken belastet, 2007 waren es 48,7 Prozent. 1998 waren 71,4 Prozent der gesamten Schulden der privaten Haushalte durch Eigenheime besichert, 2007 waren es 74,7 Prozent (Kennickell/Shack-Marquez 1992, 12; Bucks u. a. 2009, A37, A40). Die spezifische Regulation des Hypotheken- und Kreditsektors in den USA führte dazu, dass schließlich auch diejenigen Hypotheken bekamen, die es sich «eigentlich» nicht leisten konnten, wie sich in der *Subprime*-Krise gezeigt hat (vgl. Marcuse 2008; Evans 2008). Im Jahr 2001 mussten verschuldete Hauseigentümer durchschnittlich 13,9 Prozent ih-

res Einkommens für den Schuldendienst aufwenden, 2007 waren es 15,6 Prozent. Der Anteil der verschuldeten Hauseigentümer, die 40 Prozent oder mehr ihres Einkommens für den Schuldendienst aufwenden mussten, stieg von 14,7 Prozent im Jahr 2001 auf 18 Prozent im Jahr 2007 (Bucks u. a. 2009, A 50).

Dos Santos (2009) und Lapavistas (2009) haben nachgewiesen, dass die Profitstrategien von Großbanken in den letzten Jahren zunehmend auf die Kreditvergabe an private Haushalte ausgerichtet wurden. Auf dem US-amerikanischen Hypothekenmarkt hat auch die Deutsche Bank unter Anshu Jain eine besonders aggressive Rolle gespielt (vgl. Hesse 2012). De facto handelt es sich bei der Verschuldung der Lohnabhängigen um einen sekundären Ausbeutungsmechanismus.

Die wachsende Verschuldung führt zu einem wachsenden Lohnabzug. Zudem verstärkt die Privatverschuldung das Moment politischer Herrschaft, da die Lohnabhängigen mittels Schulden und

Zwang zur regelmäßigen Zurückzahlung diszipliniert werden (vgl. Albo u. a. 2010, 55).

Lohnabhängige sind aber nicht nur als Schuldner, sondern auch als Sparer zunehmend in das Finanzsystem involviert. Der Zufluss von Ersparnissen der Lohnabhängigen im Finanzsektor wird durch verschiedene Quellen gespeist. Zum einen ermöglichte die Lohnbildung in der fordistischen Ära großen Teilen der Lohnabhängigen erstmalig, in relevantem Umfang Ersparnisse zu bilden. Dieses Geld wird seit den 1980er-Jahren nicht mehr nur in Sparbüchern angelegt, sondern zunehmend auch in anderen, neu entwickelten und teilweise höher verzinslichen Sparformen wie Geldmarktfonds oder Investmentfonds. So sank der Anteil der Bankeinlagen am gesamten Finanzvermögen der privaten Haushalte in Deutschland nach Angaben der Deutschen Bundesbank von 59,7 Prozent im Jahr 1980 auf 35 Prozent im Jahr 2005.

Eine zweite Triebkraft der Ersparnisbildung besteht in der gewachsenen Lohnspreizung (siehe oben). Während die Reallöhne für die ärmeren Schichten der Lohnabhängigen gesunken sind, konnten die besser gestellten Teile der Arbeiterklasse und des neuen Kleinbürgertums durchaus steigende Realeinkommen verzeichnen. Je mehr die Lohnspreizung, das heißt die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen zunimmt, desto stärker wird die Bildung von Ersparnissen bei dem wohlhabenderen Teil der Lohnabhängigen.

Die dritte Triebkraft der Bildung von Ersparnissen aufseiten der Lohnabhängigen besteht in der zunehmenden sozialen Verunsicherung, die mit prekärer Beschäftigung und drohender Ar-

beitslosigkeit verbunden ist, sowie in der von neoliberaler Politik vorangetriebenen Privatisierung der sozialen Sicherung. Um sich gegen die mit der Lohnarbeit verbundenen Lebensrisiken abzusichern, sehen sich aufgrund einer entsprechenden staatlichen Politik immer mehr Lohnabhängige zur privaten Vorsorge gezwungen. Davon profitieren insbesondere die institutionellen Kapitalanleger, die die Ersparnisse der Lohnabhängigen verwalten. Das weltweit in Pensionsfonds angelegte Vermögen ist von 4,8 Billionen US-Dollar im Jahr 1992 auf 28,2 Billionen US-Dollar im Jahr 2007 angewachsen. Das weltweit in Versicherungen angelegte Vermögen ist im gleichen Zeitraum von 6,3 auf 19,8 Billionen US-Dollar gestiegen (Huffschmid 2009, 39).

Es handelt sich bei dieser Art der kapitalgedeckten Vorsorge um einen besonders perfiden Mechanismus, die Lohnabhängigen der verschiedenen Regionen gegeneinander auszuspielen und die wohlhabenden unter ihnen auf Kosten der anderen zu versorgen. Während im Umlageverfahren die soziale Sicherung durch Faktoren wie die Zahl der Beschäftigten, die Höhe der Einkommen und den Anteil aller Einkommen, die in die Bemessung eingehen, bestimmt wird, wird mit der kapitalgedeckten Vorsorge ein völlig anderer Mechanismus in Gang gesetzt und die Solidarität zwischen den Generationen zerstört. Denn professionelle Anleger versuchen, mit den Versichertenbeiträgen eine hohe Rendite für das Versicherungsunternehmen zu erzielen. Dies erreichen sie durch Anlagen in Aktien, Derivate oder Staatsanleihen. De facto profitieren also die versicherten Lohnabhängigen von den Shareholder-Value-Strategien von Anlegern und Un-

ternehmen, also von Rationalisierung, Privatisierung, Überausbeutung von Lohnabhängigen an anderen Orten. Eine neue Form des imperialen Klassenkompromisses.

Wir können also von einer zunehmenden ökonomischen und politischen Subsumtion der Reproduktion der Lohnabhängigen unter das Finanzkapital sprechen, die einerseits auf der zunehmenden Verschuldung der Lohnabhängigen beruht und andererseits auf der zunehmenden Umleitung von Lohnbestandteilen auf die Finanzmärkte und ihrer Umwandlung in zinstragendes und fiktives Kapital durch institutionelle Anleger.

2. Die Beziehungen zwischen dem industriellen Kapital und dem Finanzkapital haben sich nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verändert (vgl. Demirović 2009). Durch die Deregulierung und Liberalisierung des Bankensektors und der Finanzmärkte wurden nicht nur neue Möglichkeiten für spekulative Transaktionen gefördert und zahlreiche neue Anlagemöglichkeiten für (fiktives) Kapital geschaffen. Die Eigentumsverhältnisse selbst haben sich verändert. Institutionelle Kapitalanleger wie Investmentfonds, Pensionsfonds und Versicherungen spielen eine erheblich größere Rolle als Vermittler zwischen den Sparern und Geldvermögensbesitzern auf der einen Seite und den industriellen Unternehmen auf der anderen Seite. Obwohl einzelne institutionelle Kapitalanleger häufig nur Minderheitsbeteiligungen an den Unternehmen halten, sind sie in der Lage, (zum Beispiel durch einen angedrohten Abzug von Kapital) einen erheblichen Druck auszuüben und ihre Interessen am Shareholder-Value geltend zu machen, also an

der Aktionärsrendite, die sich aus Dividenden und Kursgewinnen zusammensetzt (vgl. Windolf 2008).

Das Shareholder-Value-Konzept besagt, dass zunächst einmal die «Kapitalkosten» (also die durchschnittliche Verzinsung des vorgeschossenen Kapitals) erwirtschaftet werden müssen, bevor überhaupt von der Schaffung von «Wert» für die Aktionäre die Rede sein kann. Es genügt also nicht, dass ein Unternehmen schwarze Zahlen schreibt oder einen durchschnittlichen Gewinn erwirtschaftet. Shareholder-Value entsteht erst dann, wenn eine Investition *überdurchschnittliche* Profite abwirft. Es ist klar, dass nicht alle Unternehmen überdurchschnittliche Gewinne erwirtschaften können. Doch in dem Maße, in dem sich die Unternehmen an diesem Ziel ausrichten, wird die Messlatte für die erwartete Rentabilität höher gelegt (Sablowski 2005, 61 ff.).

Projekte wie das der New Economy, das auf reale Veränderungen der Produktivkräfte reagiert und diese überhöht hat, produzieren temporär hohe Gewinnerwartungen, die dazu führen, dass große Kapitalsummen in neue Branchen und neue Technologien wie das Internet, den Mobilfunk oder die Gentechnik fließen. Insgesamt dient der Aktienmarkt jedoch weniger der Unternehmensfinanzierung als vielmehr der Unternehmenskontrolle. Investmentbanken und Private-Equity-Unternehmen verfolgen seit den 1980er-Jahren die Strategie, Industrieunternehmen mittels der Shareholder-Value-Strategien weltweit in Wert zu setzen: Unternehmen oder Unternehmensteile werden selbst zu Waren, mit denen gehandelt wird. Die Reproduktion der Unternehmen wird von den Eigentümern bewusst zur Dis-

Tabelle 4: Investitionen in Prozent des Betriebsüberschusses

	1970er	1980er	1990er	2000er
USA	46	44	39	39
Japan	58	59	61	56
BRD	52	48	42	35
Frankreich	46	46	42	43
Großbritannien	55	48	44	42
Italien	41	36	31	33

Quelle: Stockhammer 2007, 646

position gestellt: Jeder Arbeitsprozess, jeder Geschäftsbereich, jede Abteilung, jede Immobilie, jede Maschine wird zum Gegenstand einer genauen Kosten- und Gewinnberechnung, die über Verkauf oder Verbleib im Unternehmen entscheidet. Die Renditeerwartungen orientieren sich an der möglichen Verzinsung des eingesetzten Kapitals an den Finanzmärkten.

Aktiengesellschaften sind deshalb gezwungen, ihren Aktienkurs zu erhöhen, um eine aktive Rolle im Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals spielen zu können und einer feindlichen Übernahme zu entgehen. Da in vielen Branchen nur relativ niedrige Profitraten erzielt werden können und die durchschnittliche Profitabilität heute niedriger ist als in den 1950er- oder 1960er-Jahren, versuchen viele Unternehmen, ihren Aktienkurs durch Methoden des *Financial Engineering* nach oben zu treiben. Dem Ziel, den eigenen Aktienkurs zu erhöhen, dienen zum Beispiel Aktienrückkäufe, die seit den 1990er-Jahren enorm zuge-

nommen haben. Steigende Kapitalausschüttungen an die Anteilseigner in Form von Dividenden oder Aktienrückkäufen führen dazu, dass weniger Rücklagen gebildet werden und dass der Teil der Profite, der reinvestiert wird, sinkt. Die Investitionsquoten sind mangels attraktiver Anlagemöglichkeiten in den kapitalistischen Zentren seit den 1970er-Jahren in den USA ebenso wie in der BRD, in Japan, Frankreich, Großbritannien oder Italien gesunken; diese Tendenz wird durch spekulative Aktivitäten verstärkt (Tabelle 4).

Die Industrie- oder Handelsunternehmen operieren selbst mit ihren Finanzabteilungen oder eigenen Banken spekulativ auf den Finanzmärkten und erwirtschaften auf diese Weise einen wachsenden Teil ihrer Gewinne. Sie haben wie die Banken und institutionelle Kapitalanleger kein Interesse daran, dass ihre Handlungsfreiheit durch eine striktere Regulierung der Finanzmärkte eingeengt wird. Letztlich geht es bei vielen dieser spekulativen Transaktionen um eine Umverteilung der Profite

Tabelle 5: Beschäftigte deutscher Unternehmen im Ausland (in Tausend)

	1989	2008
Westeuropa	955	1.953
Osteuropa	10	1.085
USA	448	768
China	4	397
Industrieländer	1.514	3.868
Entwicklungs- und Schwellenländer	655	1.985
weltweit	2.172	5.852

Quelle: Deutsche Bundesbank, www.bundesbank.de, eigene Berechnungen

innerhalb der Klasse der Kapitaleigner. Diese gewinnt an Bedeutung, wenn das Wachstum der Profite insgesamt rückläufig ist. Unternehmen und damit Ansprüche auf Aneignung aus der Gesamtmasse des Mehrwerts werden vernichtet, und damit erlangen andere höhere Anteile. Dieser Prozess wird verstärkt seit den 1980er-Jahren durch Investmentbanken und Private-Equity-Fonds organisiert.

Die «Finanzialisierung» der Unternehmen begünstigt ihre Konzentration auf «Kerngeschäfte» und «Kernkompetenzen», führt zur vertikalen Desintegration von Konzernen und zur Fragmentierung von Wertschöpfungsketten. Fixes Kapital gilt zunehmend als Ballast, der auf Zulieferer abgewälzt wird. Die Fertigungstiefe wird verringert und in einzelnen Branchen wie beispielsweise der IT- und Telekommunikationsindustrie dominieren «fabriklose» Unternehmen, die durch die Kontrolle strategischer Bereiche wie Produktdesign und Marketing ganze Wertschöpfungsketten kontrollieren. Die Fertigung der Waren wird

dabei Kontraktfertigern überlassen, die zumeist an Niedriglohnstandorten operieren (Sablowski 2003, 2005).

3. Die Internationalisierung des Kapitals hat sich erheblich weiterentwickelt. So stieg die Zahl der Beschäftigten deutscher Unternehmen im Ausland von 2,2 Millionen im Jahr 1989 auf 5,9 Millionen im Jahr 2008 (eigene Berechnungen nach Daten der Deutschen Bundesbank, Tabelle 5).

Die in mehreren Wellen erfolgende Verlagerung des produktiven Kapitals an die kapitalistische Peripherie oder Semi-peripherie (in die asiatischen Tiger-Staaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, dann in weitere südostasiatische Länder, nach Lateinamerika, Osteuropa, China und Indien) hat enorme Ströme des Finanzkapitals induziert und neue Ungleichgewichte und Widersprüche geschaffen.

4. Krisenmerkmale des finanzdominierten Akkumulationsregimes

Das finanzdominierte Akkumulationsregime weist spezifische, tief greifende

Krisentendenzen auf, die sich von denen des Fordismus unterscheiden:

1. Die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnende Tendenz der Überproduktion tritt stärker in den Vordergrund. In den kapitalistischen Zentren ist der Bedarf an langlebigen Konsumgütern wie Autos, Waschmaschinen und Fernsehgeräten weitgehend gedeckt. Diese Sättigungstendenzen werden durch das Sinken der Lohnquoten verschärft, weil die Bedeutung des Lohns als Nachfragefaktor relativ gesehen abnimmt. Auch die staatliche Nachfrage wird durch neoliberale Politiken begrenzt. Gleichzeitig sinkt aufgrund der Orientierung der Kapitalgesellschaften am Shareholder-Value der Anteil der Investitionen an den realisierten Gewinnen, somit wird auch die von den Investitionen ausgehende Nachfrage eingeschnürt.

2. Die *Subprime*-Krise in den USA hat deutlich gemacht, dass die Verschuldung der Lohnabhängigen nicht beliebig ausgedehnt werden kann. Zinsen und Tilgungsraten für auf Pump erworbene Immobilien, für Konsum- oder Studienkredite müssen letztlich aus den laufenden Einkommen bezahlt werden, und diese stagnieren bzw. sind für Teile der Lohnabhängigen sogar nominal und real gesunken. Für die Schuldner entstehen prekäre Lebenslagen, Banken müssen einen erheblichen Teil der Schulden abschreiben. Die Immobilienblase hat ein brüchiges Wachstum vor allem in der Baubranche und eine fehlgesteuerte Nachfrage erzeugt, eine enorme Flächen- und Ressourcenvernutzung (Wasser) mit sich gebracht und zu einer Fehlallokation vieler Arbeitskräfte geführt.

3. In den 1990er-Jahren bestand insbesondere in den USA, aber auch in anderen Ländern die Erwartung, die

Lohnabhängigen würden mit Aktienkäufen Gewinne machen oder könnten ihre Immobilien mit Krediten belasten, weil ihr Wert aufgrund eines – auch staatlich angeregten – Baubooms immer weiter steigen würde. Beides sollte die effektive Nachfrage steigern. Denn mit den Gewinnen aus Aktien oder Immobilienverkäufen, so wurde angenommen, könnten die Konsumenten ihre Schulden zurückzahlen. Wieder einmal wurde die Illusion vom selbsttragenden Wachstum genährt.

Schon die Krise der New Economy, in der viele Lohnabhängige erhebliche Ersparnisse und Rentenrücklagen verloren, und erst recht die *Subprime*-Krise in den USA zeigten, dass diese Vermögenseffekte begrenzt sind. Die Ersparnisse vieler Lohnabhängiger wurden vernichtet, Haus- und Wohnungseigentum gingen verloren, die Zahl der Insolvenzen privater Haushalte nahm zu. Auch die Grenzen privater, kapitalbasierter Formen der sozialen Sicherung wie zum Beispiel der kapitalgedeckten Altersvorsorge wurden offensichtlich. Leistungen wurden nicht erbracht, Versicherungsprämien stiegen an.

4. Überakkumuliertes Kapital ist auf der ständigen Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten. Da ein großer Teil des Geldkapitals im Kreislauf des industriellen Kapitals nicht profitabel angelegt werden konnte, wurde es liquide gehalten bzw. in den Kreisläufen des Finanzkapitals angelegt. Durch die Privatisierung der Altersvorsorge und die Senkung der Steuern auf hohe Einkommen, Kapitaleinkommen und Vermögen vergrößerte sich die Masse des Geldkapitals auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten. Auf diese Weise kamen nicht nur die Spekulationsblase der New

Economy oder der Bauboom in Spanien oder den USA zustande. Auch das Anlageverhalten von Banken in Island, Irland, Großbritannien oder Deutschland lässt sich auf diese Weise erklären. Sie investierten in die scheinbar sicheren, hochverzinslichen Finanzprodukte von US-Banken oder auf dem US-Markt operierenden europäischen Banken wie Deutsche Bank oder UBS und wurden Opfer bei der Suche nach immer neuen und noch höheren Gewinnmöglichkeiten. Über längere Zeit konnte dies gelingen, weil immer neues Geld eingeschossen wurde, um hohe Zinsen zu bedienen, doch irgendwann wurde ersichtlich, dass die Schuldner die Zinsen nicht aufbringen würden. Zwar wurde durch die Krise seit 2007 ein Teil der globalen Finanzanlagen entwertet. Von Ende 2007 bis Ende 2008 sank der Betrag dieser Finanzanlagen von 202 auf 176 Billionen US-Dollar. Doch bis Ende 2010 stieg der Betrag wieder auf 212 Billionen US-Dollar und lag damit über dem Niveau vor dem Beginn der Krise (McKinsey 2011, 2).

Die zentrale Frage, die die gegenwärtige Krise aus der Perspektive des Kapitals aufwirft, ist nach wie vor, wie eine weitere Kapitalvernichtung abgewendet bzw. wie sie so organisiert und eingedämmt werden kann, dass die kapitalistische Produktionsweise nicht insgesamt infrage gestellt wird. Des Weiteren wird die Frage, wessen Kapital vernichtet wird und wer in diesem gewaltigen Konflikt am wenigsten verliert, zum Gegenstand eines erbitterten ökonomischen und politischen Kampfs. Gegenwärtig konzentriert sich die Frage der Kapitalvernichtung vor allem auf die Euro-Region, doch es handelt sich im Grunde um ein globales Problem.

Entscheidungen darüber werden nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch oder möglicherweise sogar militärisch getroffen.

5. Unter den Bedingungen der verschärften internationalen Konkurrenz entwickelt sich der kapitalistische Staat zum «Wettbewerbsstaat» (vgl. Altwater 1994; Hirsch 1995). Steuersenkungen und Subventionen für das Kapital, die Privatisierung öffentlicher Dienste und staatlicher Unternehmen, Erhöhungen der indirekten Steuern und der direkten Steuern für die Lohnabhängigen sowie der Abbau von Sozialleistungen werden zu strukturellen Merkmalen staatlicher Politik. Im Kontext der Massenarbeitslosigkeit und der häufigeren und tieferen Krisen reichen höhere Steuerzahlungen der Lohnabhängigen und der Abbau von Sozialleistungen typischerweise nicht aus, um staatliche Einnahmeausfälle durch Krisen und Steuersenkungen für das Kapital zu kompensieren, sodass strukturelle staatliche Haushaltsdefizite entstehen und die Staatsverschuldung rasch anwächst.

Die staatlichen Schuldtitel bieten einerseits eine wichtige und unverzichtbare Anlagemöglichkeit für Kapital. So sind zum Beispiel Pensionsfonds häufig gezwungen, den größeren Teil ihres Kapitals in festverzinslichen Wertpapieren (mit hohen Ratings) anzulegen. Andererseits wird die staatliche Überschuldung selbst zum Krisenfaktor, wie bereits die Schuldenkrise der frühen 1980er-Jahre in Lateinamerika, die Argentinienkrise von 1998 bis zum Schuldenschnitt 2004/2005 oder die gegenwärtige Schuldenkrise in Europa zeigen.

Bei staatlicher Zahlungsunfähigkeit droht die Entwertung riesiger Beträge von (fiktivem) Kapital. Dies ist unse-

rer Ansicht nach ein Problem, das die gegenwärtige Politik der Krisenbewältigung so uneindeutig macht. Denn für die Vermögensbesitzer stellen festverzinsliche Staatsanleihen eine relativ sichere und bequeme Kapitalanlageform dar. De facto ist es so, dass die Staatsschuld doch nicht zurückgezahlt werden kann, sondern auslaufende Kredite normalerweise ständig durch neue ersetzt werden. Mehr noch, im Grunde sind auch die Vermögensbesitzer darauf angewiesen, dass der Staat seine Verschuldung ausweitet, insbesondere dann, wenn die private Verschuldung in eine Krise gerät, wie das ab 2007 der Fall war. Wenn in der Krise die Kreditvergabe an private Akteure reduziert und Kapital aus den Aktienmärkten abgezogen wird, so werden dringend liquidere und sicherere Anlagemöglichkeiten benötigt. Daher steigt auch die Nachfrage nach Staatsanleihen. Die verschiedenen Segmente der Finanzmärkte verhalten sich also zueinander wie ein System der kommunizierenden Röhren. Doch dies setzt voraus, dass das Vertrauen der Kreditgeber in die Staatsanleihen, das heißt die Fiktion der Rückzahlbarkeit, erhalten bleibt. Die Kapitalanleger haben also das Interesse, dass die Staatsverschuldung zugleich ausgeweitet und begrenzt wird. Vor allem haben sie das Interesse, dass der Geldwert stabil bleibt. Dies soll durch die Austeritätspolitik gewährleistet werden.

In der gegenwärtigen Krise besteht das Problem darin, dass sowohl viele Banken als auch eine Reihe von Staaten überschuldet sind. Überschuldete Banken wurden mit staatlichen Geldern gerettet. Doch die Staaten haben dieses Geld eigentlich gar nicht, sie müssen es sich wiederum bei den Banken leihen.

Da nun die Rückzahlung der Staatsschulden infrage gestellt ist, befindet sich der Interbankenmarkt ähnlich wie 2008 erneut in der Krise. Die Verschiebungen zwischen staatlicher und privater Verschuldung können nicht mehr darüber hinwegtäuschen, dass die Gesamtverschuldung einen derartigen Grad erreicht hat, dass die Reproduktion des Systems insgesamt gefährdet ist und eine massive Kapitalvernichtung unabwendbar erscheint.

6. Die räumliche Verlagerung von Kapital, der *spatial fix* (Harvey 2004), schafft jeweils nur temporäre Lösungen für die Überakkumulation des Kapitals. Die Vernichtung von fixem Kapital in den altindustriellen Zentren vollzieht sich oftmals langsamer als der Aufbau neuer Produktionskapazitäten in der (Semi-)Peripherie, es bestehen also – auch staatlich subventionierte – Überkapazitäten fort. Zudem müssen die in den neuen Produktionsstätten in der (Semi-)Peripherie produzierten Waren oft exportiert werden, denn die Kehrseite der dortigen niedrigen Löhne sind schwach entwickelte Binnenmärkte. Das Problem der Überkapazitäten in vielen Produktionsbereichen verschärft sich also mit der Internationalisierung des Kapitals, mit jeder Erschließung neuer Akkumulationsräume, in denen exportorientierte Entwicklungsstrategien verfolgt werden.

In China konkurrieren heute unter anderen US-amerikanische, japanische, europäische, koreanische und taiwanische Konzerne, wobei gewaltige neue Produktionskapazitäten entstanden sind, die in der Entwicklung des chinesischen Binnenmarktes nur zum Teil ausgelastet werden können. Die chinesischen Produzenten, bei denen es sich zu einem nicht geringen Teil um auslän-

dische Konzerne handelt, sind also nach wie vor auf die US-amerikanischen und europäischen Absatzmärkte angewiesen. Doch das Gewicht der USA und Europas in der Weltwirtschaft schrumpft. Die USA und Europa produzieren relativ gesehen weniger, es entstehen auch weniger Einkommen. China sieht sich gezwungen, international als Kreditgeber aufzutreten, damit die in China produzierten Waren überhaupt exportiert werden können. Die Prosperität in den USA der 1990er-Jahre wurde durch Verschuldung finanziert. Das «sozialistische» China wurde in den letzten 20 Jahren zum Rettungsanker des globalen Kapitalismus. Ob seine Kredite jemals beglichen werden oder China nicht einen gewaltigen Tribut an die kapitalistischen Zentren geleistet haben wird, ist eine offene Frage. Zwar erhält China Zinsen für seine Kredite, doch die in US-Dollar oder Euro denominierten Forderungen werden durch die langsame Aufwertung des Renminbi schon heute teilweise entwertet.

Die *Subprime*-Krise zeigt, dass auch die USA sich nicht grenzenlos verschulden können, obwohl der US-Dollar bislang immer noch als Weltgeld fungiert und die USA sich in eigener Währung verschulden können, bei einer Abwertung der eigenen Währung also nicht unmittelbar wie andere Länder in eine Solvenzkrise geraten (solange die Kapitalanleger noch am US-Dollar als Reservewährung festhalten – was aber nicht selbstverständlich ist). Ein wichtiger Aspekt der Krise ist die Auseinandersetzung darum, ob der US-Dollar Weltgeld bleiben kann oder in der Konkurrenz mit dem Euro an Boden verliert. Gelingt es den USA, die Überakkumulationskrise auf andere kapitalistische Zentren ab-

zuwälzen, so können sie auch weiterhin ihren Anspruch auf ökonomische und politische Führung erheben. Allerdings ist US-Kapital in großem Umfang in Europa angelegt, das durch die Krise in der EU ebenfalls entwertet zu werden droht. Die US-amerikanische Bourgeoisie hat sich mit der europäischen Integration nicht nur arrangiert, sie hat sie ursprünglich selbst mitinitiiert und enorm von ihr profitiert. Nirgends gibt es so umfangreiche und bedeutende Kapitalverflechtungen wie im transatlantischen Raum.

Die US-Regierung hat kein Interesse, dass der Euro den US-Dollar als Weltgeld ersetzt; sie hat aber auch kein Interesse, dass die Eurozone oder gar die EU zerbricht. Die US-Regierung hat deswegen die europäischen Regierungen zu höheren Staatsausgaben und zur «Hebelung» der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) angeregt. Auch private Akteure haben sich über die Konsequenzen der Austeritätspolitik in Europa besorgt geäußert. So begründete Standard & Poor's seine Herabstufung der Ratings einiger europäischer Staaten im Januar 2012 damit, dass die Politik der Haushaltssanierung zu einer Schwächung der Nachfrage und des Arbeitsmarktes führen könnte. Das ist paradox genug, denn die Abwertung der Kreditwürdigkeit erhöht die Zinsbelastung der Staaten und führt damit zu einer Verschärfung der Austeritätspolitik. Aus demselben Grund wurden die Zinsen auf spanische Staatsanleihen im April 2012 angehoben: Die Anleger glauben nicht, dass sich die spanische Wirtschaft angesichts eines drastischen Sparprogramms in diesem und im nächsten Jahr erholen kann. Die öffentlichen Einschnitte auf der Ebene des

Zentralstaats und in den Regionen, die hohe Arbeitslosigkeit, die hohe Privatverschuldung lasten auf der Ökonomie. 7. Die Finanzmärkte können temporär überakkumuliertes Kapital aufnehmen. Doch können sich die Kreisläufe des Finanzkapitals gegenüber dem Kreislauf des industriellen Kapitals nur begrenzt verselbstständigen. Gerade in Krisen wie der gegenwärtigen macht sich deren innere Einheit gewaltsam geltend (Marx). Nachdem die US-Regierung 1971 ihre Verpflichtung, US-Dollars jederzeit in Gold umzutauschen, aufgekündigt hat, basiert das internationale Währungssystem im Wesentlichen auf ungedecktem Staatspapiergeld und Kreditgeld. Kreditgeld bietet für die Kapitalakkumulation wesentlich größere Spielräume, sie ist nicht mehr alleine durch den bereits realisierten Mehrwert der Vorperiode beschränkt. Allerdings werden mit der Ausweitung des Kredits auch die Widersprüche der Akkumulation in erweiterter Form reproduziert. Kredit wird nur gegeben, wenn darauf vertraut wird, dass in der Zukunft Verwertungsprozesse stattfinden, die den Rückfluss des Kredits nebst Zinsen gewährleisten. Eine schrankenlose Kreditgeldschöpfung ist also nicht möglich, da der Rückfluss des Kreditgeldes an die Verwertung des industriellen Kapitals gebunden bleibt. Die letzten Boomphasen – der New-Economy-Boom der späten 1990er-Jahre und der Immobilienboom der 2000er-Jahre – beruhen in hohem Maße auf einer spekulativen Kreditschöpfung. Um überhaupt noch Wirtschaftswachstum zu generieren, war eine beschleunigte Kreditvergabe notwendig. Und sie war auch möglich, da aufgrund der Überakkumulation im industriellen Sektor, der hohen Sparaufkommen oder der priva-

tisierten Versicherungsgelder ständig Geldkapital vorhanden war, das nach Anlagemöglichkeiten suchte, sich also in zintragendes Kapital verwandeln ließ. Da das überschüssige Geldkapital tendenziell schneller gewachsen ist als die Anlagemöglichkeiten, stiegen die Wertpapierpreise. Der Rückgang der Inflationsraten seit den frühen 1980er-Jahren, und der damit verbundene Rückgang der Nominalzinsen, hat den Anstieg der Wertpapierpreise noch unterstützt. Für viele Kapitalanleger standen somit nicht die Zinsen oder Dividenden im Vordergrund, sondern die Spekulation auf steigende Wertpapierpreise.

Der deflationären Tendenz in der Warenproduktion stand die Inflation des fiktiven Kapitals gegenüber. Während die Möglichkeiten, lebendige Arbeitskraft auszubeuten, begrenzt blieben, türmen sich die im fiktiven Kapital verkörperten Eigentumsansprüche in Bezug auf zukünftige Verwertungsprozesse immer höher auf. 2010 standen einem Weltsozialprodukt von 59 Billionen US-Dollar Eigentumstitel mit dem Anspruch auf Verzinsung von 211 Billionen gegenüber. Solche Renditeansprüche einzulösen, kann unter kapitalistischen Bedingungen nur durch heftige Konkurrenz und Kapitalvernichtung stattfinden. Die gegenwärtige Krise bringt diese Widersprüche zum Vorschein und macht zugleich die Grenzen des *temporal fix* deutlich, also des Versuchs, die gegenwärtigen Akkumulationsschranken durch Spekulation auf zukünftig wachsende Akkumulationsmöglichkeiten aufzuheben.

5. Krisenzyklus und multiple Krise

Die großen Krisen des Kapitalismus werden primär als ökonomische Krisen bestimmt; die Periodisierung orientiert

sich am Verlauf der Kapitalakkumulation: die Krise von 1857 bis 1859, die große Depression von 1873 bis 1896, die große Depression von 1929 bis Ende der 1930er-Jahre. Das hat seinen Grund in der Sache, denn offensichtlich kommt die Reproduktion der Gesellschaft, kommt ihre «Normalität» ins Stocken, wenn sie in einer großen Krise von ihrer materiellen Seite her bedroht ist. Doch alle diese ökonomischen Krisen waren von Krisen in anderen gesellschaftlichen Bereichen nicht nur begleitet, sondern auch durchdrungen. Deswegen können sie als Vielfachkrisen bestimmt werden. In seinen Analysen der 1930er-Jahre vertritt Max Horkheimer die Ansicht, dass im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang die ökonomische Krise zu tief greifenden Veränderungen der Gesellschaft, der Familie und der Persönlichkeitsstruktur geführt habe. Es komme zu einer ökonomisch und familiär vermittelten Schwächung der psychischen Instanzen der Individuen, insbesondere des Über-Ichs. So besteht die Krise auch in einer Krise der Sinnorientierung der Individuen, der Wissenschaften, der Normen von Freiheit und Gleichheit, Vernunft und Wahrheit, die im Handeln der Individuen ihre Verbindlichkeit verlieren (vgl. Horkheimer 1988a). Das Individuum, das sich nicht selbst führen kann, bedarf zu seiner eigenen Kontrolle und Sicherheit einer starken Außenlenkung. Diese wird in faschistischen Staaten von Führern vertreten, in Demokratien von der Kulturindustrie organisiert. Durch sie wird auch die freie Zeit als Freizeit in Wert gesetzt und die blockierten Perspektiven auf befreiendes Handeln werden in den Konsum kanalisiert. Ob die einzelnen Überlegungen der Vertreter der Kritischen Theorie aus heutiger

Sicht noch Stand halten, steht hier nicht zur Diskussion. Doch haben sie – ähnlich wie Gramsci – wichtige Züge des Fordismus erkannt. Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass auch die 1929 offen ausbrechende Krise eine Mehrfachkrise war, in der sich verschiedene Krisendynamiken miteinander verknüpft haben. Ihren Kulminationspunkt erreichte die Krise in den faschistischen Diktaturen und im Zweiten Weltkrieg. Der Begriff des Totalitarismus legt üblicherweise das falsche Bild einer geschlossenen und von oben strikt kontrollierten Gesellschaft nahe. Doch de facto handelt es sich bei den Gesellschaften dieser Periode um einen Krisenzusammenhang: Vertreibung von Millionen Menschen, mehrere zehn Millionen in den Vernichtungslagern und im Zuge des kriegerischen Geschehens Ermordete. Wirtschaftlich werden die autoritären Staaten durch Aufrüstungsprogramme und durch Ausplünderung der Nachbarstaaten und Zwangsarbeiter stabilisiert. In den 1950er- und 1960er-Jahren kam es zur fordistischen Normalisierung. Mit ihr wurden der private Konsumismus und die Rüstungspolitik auf eine versteckte Weise fortgesetzt. Entsprechend vertreten wir die Ansicht, dass die Krise der 1930er-Jahre dadurch «gelöst» wurde, dass die kapitalistischen Verhältnisse und ihre Widersprüche auf einem höheren Niveau reproduziert wurden. Diese Krisenbewältigungsstrategie war für drei Jahrzehnte erfolgreich: Krisen wurden gedämpft, große gesellschaftliche Konflikte konnten durch Klassenkompromisse vermieden werden. Doch diese Bewältigung endemischer Krisendynamiken hatte Folgen. Denn der Massenkonsum führte zu einer Verlagerung der «Kosten» auf die Natur, die zu langfristig

wirksamen Störungen im gesellschaftlichen Naturverhältnis führten. Mit Blick auf die äußere Natur: Folgen des Individualverkehrs wie die hohe Zahl von Verletzten und Toten, Kohlendioxid ausstoß und Treibhauseffekt, Luftverschmutzung und organische Krankheiten, Lärmbelästigung, Gebäudezerstörung, Waldschädigung, Landschaftsversiegelung und Überschwemmungen, Übernutzung des Grundwassers, Chemikalien im Lebensmittelkreislauf, große Mengen Abfälle etc. Mit Blick auf die innere Natur: konsumistische Privatisierung, falsche und Überernährung, Handlungsstau, der zu Sinndefiziten und starren Lebensformen führte, Normalisierung und Disziplinierung durch Sozialtechniken, monotone Arbeitsverhältnisse mit Reduktion intellektueller Kompetenzen und Bildung von Ressentiments. Insgesamt erwies sich die fordistische Regulation als nicht nachhaltig.

In den 1970er-Jahren geriet diese Phase des Kapitalismus in eine tiefe Krise der Kapitalverwertung angesichts rückläufiger Produktivitätszuwächse und steigender Löhne und Sozialtransfers, zunehmender Überkapazitäten, der vielfach erreichten Sättigung beim Konsumniveau sowie der Forderungen nach einer sinnvollen und zeitlich begrenzten Arbeit. Es kam zu zunehmender Arbeitslosigkeit, einer Veränderung in den Geschlechterarrangements, der deutlichen Zunahme der Zahl der Studierenden; *peak oil*, also der Zeitpunkt des globalen Ölfördermaximums, zeichnete sich ab. Die Weltumweltkonferenz 1992 in Rio rief ins allgemeine Bewusstsein, dass nachhaltige Entwicklung nicht nur ein Prozess für die Länder des Südens wäre, sondern auch einer für die Länder des Nordens, die ihre Lebensweise ändern,

auf weiteres Wachstum verzichten und den Ressourcen- und Energieaufwand deutlich reduzieren müssten. Relevante ökologische Veränderungen wurden in den 1990er-Jahren jedoch nicht vorgenommen.

Die in den OECD-Staaten seit den 1980er-Jahren zunehmend verfolgte neoliberale Strategie «löste» die Probleme durch Globalisierung, durch Inwertsetzung der Unternehmen, nach dem Ende des West-Ost-Konflikts durch einen Zugriff auf die globalen Arbeitskräfte, die in Konkurrenz zueinander gesetzt und der verschärften Auspressung ihres Arbeitsvermögens unterworfen wurden, durch Kriege um Öl, durch neue Formen der Aneignung der Ressourcen in den Ländern des Südens (sogenannte Neue Kriege; durch Raubzüge im Bereich der genetischen Ressourcen). Der Neoliberalismus nimmt das bürgerliche Unbehagen auf, dass der Staat überfordert ist und zu viele Ansprüche vor allem gegenüber den unteren Klassen befriedigen muss. Seine Stärke könne der Staat nur zurückgewinnen, wenn er die sozialstaatlichen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse aufgäbe und deren organisierte Interessenvertretung unmöglich mache oder deutlich schwäche, wenn also staatliche Aufgaben privatisiert würden und wenn dereguliert würde.

So kumulierten in einer Reihe von gesellschaftlichen Bereichen generische Krisendynamiken, die dazu geführt haben, dass in der Öffentlichkeit von zahlreichen Krisen die Rede ist: Energie, Ressourcen, Wasser, Stadt-Land, Arbeitsmarkt, Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung, Geschlechterverhältnis usw. (vgl. Demirović u. a. 2011). Diese Krisentendenzen, die in ihrem spezifischen zeitlichen Rhythmus die Komplexität des

artikulierten Ganzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation anzeigen, wurden in der Wirtschafts- und Finanzkrise teilweise zu einer Einheit zusammengeführt und beschleunigt. Von der Wissensgesellschaft wie noch vor wenigen Jahren ist nicht mehr die Rede, in Bereichen wie Bildung, Wissenschaft und Forschung kommt es zu dramatischen finanziellen Einschnitten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die versprochenen Gelder aus den Industriestaaten des Nordens, etwa eine Milliarde US-Dollar, mit denen Indonesien den Regenwald auf Sumatra schützen wollte, kamen nicht, da sie zur Sicherung der Banken eingesetzt wurden, sodass der Gouverneur den Wald an Papierhersteller und die Palmölindustrie verkaufte.

Der Unfall von Fukushima hat in Deutschland zu einer Änderung der Politik der Energieversorgung geführt und beflügelt von Neuem die Fantasie, es könnten mit Marktinstrumenten einige Aspekte der Krise des gesellschaftlichen Naturverhältnisses bewältigt werden: Es könnten große Mengen umlaufenden Geldkapitals in Wind- oder Solarenergie oder in E-Mobilität investiert werden und so eine Win-win-Situation entstehen. Doch solche Überlegungen sind blind für die Folgen: Landschaftszerstörung, Proteste der betroffenen lokalen Bevölkerungen, Ressourcenaufwand, Abfall. Verschärft wird dies durch Strategien des *Geo-Engineerings*, die einfache, wenn auch teure technische Lösungen versprechen (vgl. zu möglichen Szenarien IfG 2011).

Ein Merkmal des Krisenmanagements ist eine Politik, die dazu beiträgt, diese zu einer Einheit des Bruchs und der organischen Krise zusammenschließenden Momente getrennt zu halten, wieder

voneinander zu trennen, zu verzeitlichen und zu verräumlichen. Dies ist den bürgerlichen Kräften in vieler Hinsicht gelungen. Sie waren im bisherigen Verlauf der Krise nicht grundsätzlich geschwächt oder demoralisiert, sondern eher in der Verlegenheit, wie sie die Verschärfung der Krise verhindern und wie sie ihre Folgen abwälzen könnten. Die Krise ist nicht überwunden, alle Probleme sind weiterhin vorhanden; es wird eine Strategie verfolgt, sie auf die Zukunft, auf untere soziale Klassen und auf periphere Gesellschaften zu verlagern. Eine solche Strategie kann nur gelingen, wenn Kapitalkreisläufe, das Verhältnis zur Natur und innergesellschaftliche Relationen in einem gewissen Umfang normalisiert werden. Neue Sicherheits- und Führungstechnologien dafür werden entwickelt (vgl. Lentzos/Rose 2008). Es ist nicht auszuschließen, dass dies gelingt und die große Krise eine weitere Durchsetzungskrise gewesen sein wird zu einer neuen Stufe der erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Sie bewahrt auf jeder ihrer Stufen die vorangegangenen Widersprüche und vertieft sie. Obwohl das relevante Wissen vorhanden ist, wird so getan, als könnte die Reichtumsakkumulation für wenige nicht zu einer weitreichenden Zerstörung von Gesellschaften und ihres Verhältnisses zur Natur führen.

6. Die europäische Krisenpolitik und ihre Widersprüche

Die Krise hat die Eurozone und die EU fest im Griff. Der Eindruck, dass es sich 2008–2009 nur um eine kurze Rezession handelte, konnte ohnehin nur in wenigen Ländern wie Deutschland, Österreich oder den skandinavischen Ländern entstehen.

In der Krise wurden mit öffentlichen Mitteln die Banken gerettet; auf diese Weise wurden die Eigentumstitel der Vermögensbesitzer und die Ersparnisse der Kleinanleger gesichert, ebenso die Boni der Bankenmanager und – mit gewissen Einschränkungen – auch ihre Geschäftsmodelle. Zwar wurden die Banken gedrängt, ihr Eigenkapital zu erhöhen. Doch über die Höhe und den Wert der Rücklagen gab es Streit. Stresstests zeigten, wie wenig belastbar diese Eigenkapitalbildung war. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer wurde gleich nach dem offenen Ausbruch der Krise in die Diskussion gebracht, doch gab es bis in die jüngste Zeit erhebliche Widerstände vor allem vonseiten Großbritanniens, aber auch aus anderen Ländern wie beispielsweise Schweden.⁶ Bei der Absicherung der Banken mit öffentlichen Mitteln wurden ihnen für ihre Geschäftspolitik kaum Auflagen gemacht. Selbst die Höhe der Boni wurde vielfach akzeptiert, weil diese angeblich unumgänglich sei, um sachkompetente Manager zu halten.

Die Sicherung der Banken geschieht, indem den Staaten mit Refinanzierungsproblemen mittels Bürgschaften der Euroländer über die EFSF und den ESM Zahlungsfähigkeit garantiert wird. Dies soll ihnen ermöglichen, ihre Schulden zu bedienen und ihre Refinanzierung an den Kapitalmärkten sicherzustellen. Die EZB kauft den Banken Staatsanleihen ab, nimmt ihnen also das Risiko ab, so dass sie die möglicherweise «toxischen» Papiere nicht mehr in den Bilanzen führen und abschreiben müssen. Die EZB und andere Zentralbanken gewähren auch direkt Kredit zu besonders günstigen Bedingungen, damit der Interbankenverkehr aufrechterhalten bleibt und

nicht das Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit von Banken zu einer Unterbrechung der Geldzirkulation führt – mit weitreichenden Folgen für die Zahlungsfähigkeit der Marktteilnehmer, die Refinanzierung der Unternehmen, den Vertrauensverlust der Anleger, Sparer oder Konsumenten. Doch unterhalb dieser Ebene dient auch diese Absicherung wiederum der Bereicherung der Vermögensbesitzer. Denn das niedrig verzinsten Geld der EZB und der anderen Zentralbanken wird von den Banken wiederum mit höheren Zinsen in Staatsanleihen angelegt. Es konnte politisch also durchgesetzt werden, die Zinsansprüche der Vermögensbesitzer zu befriedigen.

Gelten Staaten und Banken als krisenhaft, weil sie mit Abschreibungen rechnen müssen, wächst ihr Kapitalmarktrisiko und die Zinsen steigen. Für die Kreditgeber ist das vorteilhaft; nicht zuletzt deswegen wird auch eine Krise dann beschworen, wenn es um Umschuldungs- und Refinanzierungsverhandlungen geht, denn auf diese Weise können die langfristigen Zinsen hochgetrieben werden. Die Kreditgeber

⁶ Es wird häufig übersehen, dass das sozialdemokratische Musterland Schweden eine relativ stark finanzierte Ökonomie hat, in der zum Beispiel Pensionsfonds eine bedeutende Rolle spielen, was auch politischen Ausdruck findet. – Die Wirkungen einer Finanztransaktionssteuer hängen im Übrigen von ihrer konkreten Ausgestaltung ab. Ist der Steuersatz sehr niedrig oder wird sie nur in wenigen Ländern eingeführt, so hat sie möglicherweise keine Lenkungseffekte, weil spekulative Finanztransaktionen nicht unterbunden werden. Je mehr Länder aber die Steuer einführen, je höher der Steuersatz ist und je mehr Transaktionen dadurch unprofitabel und verhindert werden, desto geringer sind am Ende das Steueraufkommen und damit der Umverteilungseffekt. Der Gesetzentwurf der französischen Regierung vom 8.2.2012 zur unilateralen Einführung einer Finanztransaktionssteuer erfasst nur bestimmte Transaktionen (Sekundärhandel mit Aktien französischer Unternehmen ab einer Milliarden Euro Marktkapitalisierung und deren Derivaten, Kauf von Kreditausfallversicherungen für Staatsanleihen durch französische Unternehmen, die nicht selbst Gläubiger dieser Staaten sind, bestimmte Transaktionen im Hochfrequenzhandel ab einem noch nicht definierten Schwellenwert).

können ein Interesse an hohen Staats-schulden und hohen Zinsen haben. Allerdings ergibt sich eine Gegentendenz daraus, dass ab einer bestimmten Höhe der Verschuldung und der Zinsen eine Rückzahlung der Kredite und die Zahlung von Zinsen immer unwahrscheinlicher werden. An diesem Punkt haben die Kreditgeber ein Interesse an Austeritätsmaßnahmen: Sicherung der Geldwertstabilität, Verringerung der Staatsschuld, Konsolidierung des Haushalts, Minderung der staatlichen Ausgaben und einer Erhöhung der Einnahmen – soweit sie nicht die Vermögensbesitzer und Kapitaleigner selbst betreffen.

Doch diese Maßnahmen selbst sind durchaus umstritten, denn die Folgen sind auch für die Kapitalbesitzer in ihrer Gesamtheit nicht immer klar zu überschauen. Die Sparpolitik trägt derart zur Schwächung der Wirtschaft bei, dass am Ende auch der Schuldendienst infrage steht, wie der Fall Griechenland zeigt. Die mögliche Folge, ein Staatsbankrott Griechenlands, ist in den Konsequenzen auch nicht klar. Zudem können die Interessenlagen sehr unterschiedlich sein. Eine Stabilisierung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands kann für Anleger vorteilhaft sein, die ihre Kredite hochverzinst zurückerhalten. Gleichzeitig wird damit jedoch verhindert, dass bei Umschuldungen der Staaten die Zinsen weiter steigen, was wiederum für mögliche Anleger schlecht ist. Mit einem weiteren Schuldenschnitt würden Anleger Geld verlieren, sofern sie ihre Anleihen nicht schon an die EZB weiterverkauft haben. Andererseits könnte auch ein mit den Banken ausgehandelter Schuldenschnitt am Ende für die Kapitalanleger vorteilhaft sein. Denn der Marktwert griechischer

Staatsanleihen liegt beispielsweise weit unter ihrem Nennwert, und der Markt ist nicht liquide. Ein Umtausch eines Teils der alten Staatsanleihen in neue bei immer noch hohen Zinsen könnte sich also am Ende als profitabel erweisen. In der Kalkulation vieler Banken und Hedgefonds spielt allerdings noch ein anderer Aspekt eine Rolle: Viele haben sich mit Kreditausfallversicherungen (*Credit Default Swaps*, CDS) gegen den Fall eines Staatsbankrotts abgesichert. Eine «freiwillige» Beteiligung an einem Schuldenschnitt könnte bedeuten, dass die CDS dann wertlos sind, weil die Gegenpartei nur bei einem unfreiwillig eintretenden Zahlungsausfall einspringen würde. Insofern haben die Halter der Staatsanleihen möglicherweise auch aus diesem Grund kein Interesse an einem Schuldenschnitt, sondern verlangen entweder die vollständige Rückzahlung oder spekulieren auf die Zahlungsunfähigkeit.

Für die exportorientierte Industrie in Ländern wie Deutschland hat die Austeritätspolitik einerseits negative Folgen, weil die Nachfrage in den betroffenen Krisenländern sinkt. Entsprechend negativ fallen die Wachstumsprognosen für 2012 aus. Andererseits scheinen gerade die Vertreter des exportorientierten industriellen Kapitals in Deutschland Befürworter der Austeritätspolitik zu sein. Der Grund dafür könnte sein, dass wesentliche Teile der deutschen Industrie in der internationalen Arbeitsteilung eine so überlegene Position einnehmen, dass sie nicht auf Währungsabwertungen angewiesen sind, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu verteidigen. Im Gegenteil: Auch schon zu Zeiten, als die D-Mark noch existierte, konnte die deutsche Industrie recht gut mit der

Aufwertung der D-Mark leben. Angesichts seiner hohen Exportüberschüsse hat das deutsche exportorientierte Industriekapital ein Interesse an der sicheren Anlage seiner Einnahmen. Daher besteht ein gemeinsames Interesse des deutschen exportorientierten Industriekapitals und des Finanzkapitals an der Wertstabilität des Euro, das sich in der geradezu fanatischen Fixierung der deutschen Öffentlichkeit auf Haushaltskonsolidierung und Inflationsbekämpfung in Europa äußert.

Diese gemeinsame Interessenlage der dominanten Kapitalfraktionen im deutschen Machtblock wird noch durch die folgende Entwicklung verstärkt: In den letzten Jahren sind die deutschen Exporte in Länder außerhalb der Eurozone schneller gewachsen als die Exporte in andere Länder der Eurozone. Viele Unternehmen sehen ihre Zukunft eher in den *emerging markets*, in Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Russland. Ein Markt wie Griechenland fällt demgegenüber kaum ins Gewicht. Viel wichtiger ist die internationale Rolle des Euro, also die Frage, inwieweit der Euro auch außerhalb der Eurozone als Zahlungsmittel und Reservewährung akzeptiert wird. Die global orientierten Kapitalfraktionen in den Ländern der Eurozone profitieren natürlich davon, wenn sie verlangen können, dass in Euro gezahlt wird, da sie sich dann keinem Währungsrisiko aussetzen müssen. Aber dies setzt die Wertstabilität des Euro voraus, die mit der Austeritätspolitik verteidigt wird. Da die Austeritätspolitik aber die Krise in den betroffenen Ländern der Eurozone perpetuiert und verstärkt, entstehen neue Widersprüche und Konflikte im Lager der Herrschenden. So besteht Uneinigkeit darüber, ob

Griechenland aus der Eurozone ausgeschlossen werden soll oder nicht, weil unklar ist, wie sich dies auf den Euro und die Stabilität der EU sowie auf die dominanten Fraktionen des Industrie- und Finanzkapitals auswirken würde. Auch eine Aufspaltung der Eurozone oder gar eine Rückkehr zu nationalen Währungen kommen in die Diskussion.

Die Krise der Finanzmärkte und die Strategien zu ihrer Bewältigung verschärfen die Widersprüche und Tendenzen, die mit der neoliberalen Regulationsweise und dem finanzdominierten Akkumulationsregime verbunden sind. Mit den Einschränkungen der öffentlichen Haushalte werden die Überbleibsel des fordistischen Klassenkompromisses grundlegend angegriffen: Öffentliche Beschäftigung, öffentliche Dienstleistungen oder Sozialtransfers können nicht mehr im selben Umfang aufrechterhalten werden. Die Austeritätspolitik ist ein direkter Angriff nicht nur auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Empfänger von Sozialleistungen, sondern auf die Lohnabhängigen insgesamt. Der Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, die Teil des kollektiven Konsums der Lohnabhängigen sind (z. B. im Bildungs- und Gesundheitswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr), verschlechtert die gesellschaftlichen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft und trägt damit zur Senkung ihres Wertes bei. Darauf zielen auch die Lohnsenkungen im privaten Sektor, die mit der Austeritätspolitik angestrebt werden. Außerdem stärken Staatsaufgaben und staatliche Sozialtransfers die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Im Fall von Ländern mit einer hohen Importabhängigkeit hat dies Folgen auch für diejenigen Länder, die

dorthin exportieren und bei denen die Nachfrage ausfällt.

Es stellt sich die Frage, warum eine derartige Spekulation auf den Bankrott von Staaten der Eurozone möglich ist. Die Krise in den USA ist nicht bewältigt; und die japanische Regierung nimmt durchaus aufmerksam wahr, dass sich die spekulativen Aktivitäten der global operierenden Anleger auch gegen die japanische Wirtschaft und den Yen wenden könnten. Der japanische Staat ist mit einem Schuldenstand von fast 230 Prozent des BIP der am höchsten verschuldete OECD-Staat, die Hälfte des Staatshaushalts wird durch Kredite finanziert, die Schuldenaufnahme ist seit zwei Jahren höher als die Steuereinnahmen, etwa ein Viertel des Haushalts dient dem Schuldendienst. Der Vorteil der öffentlichen Verschuldung in Japan: Sie ist zum größten Teil inländisch. Die USA wiederum haben den Vorteil, dass hinter dem US-Dollar der US-amerikanische Staat mit seinen einzigartigen ökonomischen, politischen und militärischen Kapazitäten steht, der die Funktion des US-Dollars als Weltgeld trotz der hohen Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite sichern kann. Daher sind US-Staatsanleihen immer noch der Maßstab für alle Arten von Kapitalanlagen weltweit.

In der EU und in der Eurozone sind die Verhältnisse komplizierter. Die gegenwärtige Krise hat nicht nur die Widersprüche des globalen finanzdominierten Akkumulationsregimes deutlich gemacht, sondern auch die inneren Widersprüche der europäischen Integration. Diese ergeben sich aus der internationalen Arbeitsteilung und ungleichen Entwicklung, das heißt den Verhältnissen zwischen den imperialistischen Zentren USA, Großbritannien, Deutschland,

Frankreich und den peripheren Staaten Europas. Kapital- und Warenexporte der Zentren führen dazu, dass die Länder der Peripherie eine Nettoschuldnerposition einnehmen.⁷ Daran scheint sich bis heute nicht allzu viel geändert zu haben (vgl. Müller/Schmidt 2010).

Da Griechenland nicht wie Deutschland über eine breit gefächerte Industriestruktur verfügt, konkurriert es de facto in vielen Bereichen gar nicht mit Deutschland. Daran können auch Lohnsenkungen in Griechenland nichts ändern. Die Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe liegen in Deutschland bei 46 US-Dollar je Stunde, in Griechenland bei 19 US-Dollar (Brangsch 2011, 4). Die Vorstellung, dass die Krise in Griechenland durch zu hohe Löhne verursacht worden sei, ist nicht plausibel. Anders sieht es für Produzenten in Ländern wie Italien oder Frankreich aus, die tatsächlich in vielen Industriebereichen mit deutschen Produzenten konkurrieren. Es ist hier festzustellen, dass die nominalen Lohnstückkosten in keinem anderen Land der EU so langsam gewachsen sind wie in Deutschland (European Commission 2011, 94 f.).

Länder wie Frankreich oder Italien gerieten zunehmend unter Druck und sind mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert.

⁷ Ob die Zahlungsbilanzungleichgewichte innerhalb der EU eher durch den Warenhandel oder eher durch den Kapitalverkehr bestimmt werden, ist in der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion strittig. In der deutschen Linken werden zumeist die Leistungsbilanzungleichgewichte in den Vordergrund gerückt. Milios und Sotiropoulos (2010) argumentieren dagegen, dass zum Beispiel die Leistungsbilanzdefizite Griechenlands nicht Ursache, sondern Folge hoher Kapitalimporte seien. Unserer Ansicht nach gibt es allgemein keine eindeutige Kausalität in der Zahlungsbilanz, diese ergibt sich als Resultat einer Vielzahl privater und staatlicher Transaktionen in den verschiedenen Kapitalkreisläufen. Je nach der konkreten Einbindung eines Landes in die internationalen Kapitalkreisläufe kann die Zahlungsbilanz unterschiedlich bestimmt sein.

Die ungleiche Entwicklung und der Anpassungsdruck, der – vor allem in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten – auf den Lohnabhängigen lastet, werden durch die gemeinsame Währung verschärft. In der Geldpolitik haben die Länder der Eurozone nur noch einen Status, der dem von Regionen innerhalb von Nationalstaaten vergleichbar ist. Früher, als sie noch eine eigene Währung hatten, konnten Verluste an Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung der Währung des betroffenen Landes teilweise kompensiert werden. Dieser Mechanismus entfällt für die Länder der Eurozone. Die ungleiche Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Ländern der Eurozone führt dazu, dass die Länder mit niedrigerem Produktivitätswachstum an preislicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Dadurch steigt der Druck zur Senkung der Löhne, Sozialausgaben und Kapitalsteuern. Es gibt keine europäischen Gewerkschaftsverbände, keine wirksame Koordination der nationalen Tarifpolitiken, geschweige denn transnationale Lohnkämpfe, die dem entgegenwirken könnten. Ebenso mangelt es an einer gemeinsamen Fiskalpolitik, das heißt an einer gemeinsamen Steuerpolitik, die dem Steuersenkungswettlauf in Europa entgegenwirken könnte, und an Transfermechanismen, die – ähnlich wie der Länderfinanzausgleich zwischen den deutschen Bundesländern – einen Ausgleich zwischen den sich ungleich entwickelnden Ländern gewährleisten könnten (vgl. Altvater/Mahnkopf 1993, Heine/Herr 2006).

Mit der Europäischen Währungsunion und dem Europäischen Stabilitätspakt wurden auch Normen für die maximal zulässige Staatsverschuldung (60 Pro-

zent des BIP) und die maximal zulässige jährliche Neuverschuldung des Staates (3 Prozent des BIP) vereinbart. Diese Schuldengrenzen wurden willkürlich und vor allem auf Druck der deutschen Regierung festgelegt. Bereits bei der Bildung der Eurozone wich man aus politischen Gründen von den vereinbarten Regeln ab. So wurde beispielsweise Italien mit einem Schuldenstand von über 100 Prozent des BIP in die Eurozone aufgenommen. Es schien politisch undenkbar, das Land, das zu den Mitbegründern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zählte, außen vor zu lassen.

Ökonomisch ging es vor allem darum, die Eurozone von Anfang an nicht zu klein zu dimensionieren, um dem Euro international ein genügend großes Gewicht zu verleihen. Nach der Krise der Jahre 2000–2002 zeigte sich, dass große Länder wie Deutschland und Frankreich mit ihren niedrigen Wachstumsraten selbst die Regeln des Stabilitätspakts nicht einhalten konnten. Der Stabilitätspakt erwies sich schon damals als Makulatur, weil Deutschland und Frankreich erreichten, dass die eigentlich vertraglich vorgesehenen Sanktionen gegen sie selbst als «Defizitsünder» nicht verhängt wurden. An den aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive dysfunktionalen Normen des Stabilitätspakts wird dennoch weiterhin festgehalten und sie werden durch die jüngst beschlossenen Maßnahmen der *European Economic Governance* und den Fiskalpakt noch verschärft,⁸ zum einen, weil sie ein probates Mittel zur Disziplinierung der Lohnabhängigen in der Eurozone sind, zum anderen wohl aufgrund der relativen Autonomie

⁸ Vgl. zur Kritik des Fiskalpaktes Karrass 2012; Oberndorfer 2012.

des Ideologischen. Gerade in Deutschland gibt es etwa in den Wirtschaftswissenschaften kaum Positionen, die von der neoliberalen *pensée unique*, dem neoliberalen Einheitsdenken, abweichen.

Das starre Festhalten der europäischen Regierungen an den Normen des ausgeglichenen Staatshaushalts und der Versuch, sie jetzt sanktionsbewehrt zu implementieren, begünstigen die Spekulation auf den Bankrott schwächerer Staaten. Die transnationalen Kapitalanleger können dabei scheinbar nur gewinnen: Zunächst dadurch, dass die Zinsen auf Staatsanleihen steigen. Die privaten Gläubiger verlieren auch durch einen ausgehandelten Forderungsverzicht wie im Falle Griechenlands nicht unbedingt, da der Marktwert der Staatsanleihen ohnehin weit unter ihrem Nominalwert liegt, auf den der Forderungsverzicht prozentual berechnet wird. Sie tauschen dabei alte Staatsanleihen gegen neue Staatsanleihen ein, deren Verzinsung noch über dem Vorkrisenniveau liegt und die nun auch noch durch die Rückzahlungsgarantie des EFSF bzw. ESM abgesichert sind. Haben sie ihre alten Staatsanleihen ursprünglich zu einem Kurs gekauft, der unter dem der neuen lag, so machen sie sogar einen Gewinn. Eine einseitige Verweigerung des Schuldendienstes in den Krisenländern konnten die Kapitalanleger durch ihre ökonomische und politische Macht bisher verhindern.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich gegenwärtig all die Widersprüche des globalen finanzdominierten Akkumulationsregimes und der europäischen Integration hier verdichten und als Krise der staatlichen Refinanzierung und des Euro erscheinen.

Verschiedene Teile der EU driften zunehmend auseinander. Es stellt sich die Frage, ob die Eurozone (oder gar die EU) auseinanderbricht oder ob es zu einer Vertiefung der europäischen Integration kommt, die in der Lage ist, die EU zu stabilisieren. Der Status quo ist jedenfalls nicht haltbar.

7. Deutschland und die Krise des Krisenmanagements

Deutschland hat in der Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte und in der gegenwärtigen Krise eine besondere Rolle eingenommen. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sich Deutschland enorm verschuldet, um Strukturpolitik zu ermöglichen, die Folgen der Deindustrialisierung Ostdeutschlands zu mildern und die öffentliche Infrastruktur auszubauen. Die Zahl der Arbeitslosen war sehr hoch, das duale System der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten wurde zunehmend ausgehöhlt, insbesondere in Ostdeutschland. Die Öffnung Osteuropas, die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und die Verlagerung von Produktion und Dienstleistungen nach Osteuropa übten Druck auf die Beschäftigungsverhältnisse aus.

Geschah der systematische Umbau des «Modell Deutschland» nach Gesichtspunkten des finanzdominierten Akkumulationsregimes unter der 16-jährigen Regierung von Helmut Kohl eher schleichend, so wurde dieser Prozess unter der Regierung von Gerhard Schröder durch eine Vielzahl von Gesetzen seit 1998 erheblich beschleunigt.

Hatte bereits die schwarz-gelbe Koalition die ersten Finanzmarktförderungsgesetze eingeführt und auf die

Vermögenssteuer verzichtet, so setzte Rot-Grün die Finanzmarktförderung fort, förderte Private-Equity-Unternehmen und Hedgefonds, begünstigte die bei der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen entstehenden Gewinne steuerlich, senkte die Erbschaftssteuer und den Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer und vieles mehr. Neuen Unternehmensformen und Geschäftsmodellen wurde politischer Raum gegeben mit dem Argument, dass Deutschland auch im Bereich der Finanzmärkte wettbewerbsfähig sein müsste und Kapitalanleger angezogen werden sollten.

Mit den Maastricht-Kriterien konnte von deutscher Seite eine neoliberale Geldpolitik durchgesetzt werden, die den Spielraum der staatlichen Wirtschaftspolitik, der öffentlichen Investitionen und der politischen Steuerung sehr einschränkte. Durch die Schuldenbremse und den Fiskalpakt wird dies weiter verstärkt. Die Einführung des Euro war für die deutschen Unternehmen vorteilhaft. Früher folgte auf die steigende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen eine Aufwertung der D-Mark, die zumindest zum Teil verhinderte, dass die deutschen Produzenten ihre europäischen Nachbarn niederkonkurrierten. Innerhalb der Eurozone ist diese Dämpfung der Konkurrenz durch den Wechselkursmechanismus nun ausgeschaltet. Die nominalen Lohnstückkosten sind in Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre erheblich langsamer gewachsen als in allen anderen EU-Ländern, und zwar überwiegend nicht aufgrund größerer Produktivitätssteigerungen, sondern aufgrund größerer Lohnzurückhaltung in Deutschland (Lapavistas u. a. 2011, 15 f.), die schwäche-

ren Ökonomien konnten nicht mit einer Abwertung ihrer Währung reagieren.

Der Druck, den die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf die Beschäftigten und Gewerkschaften ausübte, wurde politisch von den Unternehmen, den Parteien und der Regierung noch weiter verstärkt. Angriffe auf die Gewerkschaften drängten diese in die Defensive. Deutschland ist seit Langem im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern ein streikarmes Land, und die Zahl der Ausfalltage durch Streiks und Aussperrungen ist seit Mitte der 1980er-Jahre noch deutlich zurückgegangen (betrug die Zahl der Ausfalltage durch Streiks 2006 1,61 Millionen, so 2011 nur 300.000 mit gerade einmal 180.000 Streikenden) (Dribbusch 2010, 147, 159; Böcklerimpuls 6/2012).

Die Disziplinierung der Lohnabhängigen in Deutschland durch die Agenda 2010, die Hartz-Gesetze und die Ausweitung des Niedriglohnssektors ist die Voraussetzung für die Durchsetzung der Austeritätspolitik gegenüber den Lohnabhängigen in ganz Europa. Umgekehrt werden die Angriffe auf die Lohnabhängigen in Griechenland, Spanien, Portugal usw. voraussichtlich schon bald auf die Lohnabhängigen in Deutschland zurückschlagen und möglicherweise zu einer weiteren Runde des Sozialabbaus und der Lohnsenkungen führen.

Kurzfristig ist Deutschland Krisengewinner. Das ökonomische und politische Gewicht Deutschlands in Europa ist weiter gewachsen. Die Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen ist in dem Maße gestiegen, in dem die Kapitalanleger die Staatsanleihen anderer europäischer Länder abgestoßen haben. Deutschland erscheint als sicherer Hafen für die transnationalen Kapitalanle-

ger. Daher sind die Zinsen für deutsche Staatsanleihen gesunken, während sie für die Staatsanleihen der meisten anderen Länder Europas gestiegen sind. Der deutsche Staat kann sich also günstiger refinanzieren.

Die Härte der deutschen Regierung beim europäischen Krisenmanagement ist auf den ersten Blick nicht nur unverständlich, sondern widerspricht sogar gewichtigen Kapitalinteressen. Nicht nur angloamerikanische Kapitalanleger fordern seit Langem, dass die EZB unbeschränkt Staatsanleihen aufkaufen soll, um die Zinsen für die von der Refinanzierungskrise betroffenen EU-Staaten zu senken und das Vertrauen in deren Staatsanleihen wieder herzustellen. Auch in anderen europäischen Ländern werden eine flexiblere Haltung der EZB sowie die Einführung von Eurobonds gefordert. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass die brutale Sparpolitik, die Griechenland und anderen Krisenstaaten unter Führung der deutschen Regierung von der Troika der EU-Kommission, der EZB und des Internationalen Währungsfonds (IWF) aufgezwungen wird, diese Länder nur noch tiefer in die Krise treibt. Ist die herrschende Krisenpolitik also selbst aus der Perspektive der Reproduktion des Kapitals irrational?

Die Austeritätspolitik und die Forderungen nach monetärer Staatsfinanzierung oder Vergemeinschaftung der Schulden scheinen sich auf den ersten Blick zu widersprechen. Während die Austeritätspolitik auf den Abbau der Staatsverschuldung zu zielen scheint, würden eine Ausweitung der Rolle der EZB als *lender of last resort* für die Staaten der Eurozone oder eine Vergemeinschaftung ihrer Schulden etwa durch Eurobonds Voraussetzungen für eine

noch stärkere Ausweitung der Staatsverschuldung schaffen. Allerdings besteht nur vordergründig ein Gegensatz zwischen diesen Maßnahmen. Die Sparpolitik wird letztlich auch nicht zum Abbau der Staatsverschuldung führen, sondern bestenfalls die Voraussetzung dafür schaffen, dass das Vertrauen der Investoren in die europäischen Staatsanleihen wieder hergestellt wird. Treibt die Sparpolitik die Länder noch tiefer in die Rezession, wie gegenwärtig in Griechenland, so brechen die Steuereinnahmen weg und die Staatsverschuldung wächst weiter rasch an. Kann eine Rezession vermieden werden und bleibt es «nur» bei einer Stagnation, so führt die Sparpolitik vielleicht zu einem langsameren Anstieg der Staatsverschuldung. Aber selbst der IWF rechnet damit, dass die durchschnittliche Staatsverschuldung in der Eurozone, die im Jahr 2010 bei 85,8 Prozent des BIP lag, im Jahr 2016 bei 86,6 Prozent liegen wird. Letztlich wird also – trotz oder wegen der Austeritätspolitik – ein noch größerer Teil des Sozialprodukts bzw. der Steuereinnahmen für den Schuldendienst bereitgestellt werden. Die Sparpolitik dient ebenso wie die viel diskutierte Vergemeinschaftung der Verschuldung dazu, eine noch stärkere Entwertung des fiktiven Kapitals zu verhindern, das die Staatsanleihen verkörpern. Es geht nicht um den Abbau der Staatsverschuldung, sondern um ihre Nachhaltigkeit. Die Staatsanleihen sind als Anlagesphäre für das globale Finanzvermögen, das seit vielen Jahren schneller wächst als das globale Sozialprodukt, unverzichtbar.

Wenn aber die Sparpolitik und die Vergemeinschaftung der Staatsschulden bzw. die monetäre Staatsfinanzierung

durch die EZB nur verschiedene Wege sind, um das Vertrauen in die europäischen Staatsanleihen wieder herzustellen und eine nachhaltige Verschuldung zu garantieren, warum gehen die Regierungen der Eurozone dann nicht den bequemeren Weg, lockern die Sparpolitik und konzentrieren sich auf die Vergemeinschaftung der Verschuldung? Sicher, ohne Sparpolitik würde die Staatsverschuldung in der Eurozone noch schneller wachsen. Aber warum wäre das so problematisch? Italien hat seit Jahrzehnten eine Staatsverschuldung von mehr als 100 Prozent des BIP, und sie war kein Problem, weil sie wie in Japan eine überwiegend interne Verschuldung war (vgl. Grasse 2012). Warum wird sie gerade jetzt zum Problem? Auch die USA können sich eine Staatsverschuldung von mehr als 100 Prozent des BIP leisten, Japan sogar eine Staatsverschuldung von mehr als 200 Prozent des BIP. Wozu also die Härte der deutschen und europäischen Sparpolitik? Wäre die Verschuldung allein eine interne innerhalb der Eurozone, könnte die Situation entdramatisiert werden.

Die Austeritätspolitik zielt nicht nur darauf, die Staatsausgaben zu senken oder die Steuereinnahmen durch Abgaben der unteren sozialen Klassen zu erhöhen. Es geht darum, das Lohnniveau auch im privaten Sektor abzusenken, die Arbeitszeit zu verlängern, also die Ausbeutung der Arbeitskraft insgesamt zu erhöhen. Die Austeritätspolitik löst die Krise nicht, aber sie ermöglicht die Durchsetzung von alten Forderungen der Kapitaleseite, die bisher nicht durchsetzbar waren. Die Austeritätspolitik dient nicht nur der Bankenrettung (die könnte auch erfolgen, indem die EZB den Banken ihre Staatsanleihen

abkauft), sie dient vor allem dem industriellen Kapital, insbesondere dem exportorientierten Industriekapital, dessen Profitabilität auf diesem Wege erhöht wird.

Entsprechend ist viel Sozialdemagogie im Spiel, die Probleme werden nationalisiert und kulturalisiert: Arbeitsame Deutsche und faule, verschwenderische Südländer scheinen sich gegenüberzustehen. Über die Verhältnisse leben, das ginge nicht mehr. Dabei wird gerade das Wesentliche zur Seite geschoben: dass die Reichen in Ländern wie Griechenland oder Italien praktisch keine Steuern zahlen, dass der gesellschaftliche Reichtum in Griechenland ebenso wie in Deutschland von den oberen sozialen Klassen angeeignet wird. Der Verschuldung des griechischen Staates entspricht eine Bereicherung auf der anderen Seite; und dabei handelt es sich um die Reichen und Superreichen, die den Staat ausgeplündert haben mittels Korruption, Steuerhinterziehung, Subventionen oder überteuerten Staatsaufträgen. Erhebliche Mengen Geld wurden ins Ausland gebracht (Schweiz, Zypern, Singapur). Schuldentitel werden von Schweizer Konten in die Eurozone übertragen, um entsprechende Hilfsmittel in Anspruch nehmen zu können.

Die Austeritätspolitik hat noch eine andere Bedeutung: Es geht nicht nur darum, den Euro zu verteidigen, sondern vor allem die internationale Rolle des Euro. Der Euro fungiert nicht nur als Zirkulations- und Zahlungsmittel innerhalb der Eurozone, er fungiert auch als Weltgeld, als internationale Reservewährung, auch wenn er nur an zweiter Stelle hinter dem US-Dollar als Leitwährung steht. Nicht von ungefähr publiziert die EZB jährlich einen besonderen Bericht

über die internationale Rolle des Euro. Gerade in der Währungskonkurrenz ist die Stabilität des Euro als Maß der Werte und als Zirkulations- und Zahlungsmittel sowie als Medium der Akkumulation von Bedeutung. International tätige Banken und transnationale Konzerne, die in der Eurozone angesiedelt sind, profitieren besonders, wenn sie Kredite in ihrer eigenen Währung vergeben können und wenn ihre Geschäftspartner in Euro zahlen. Dies reduziert ihr Währungsrisiko. Insofern ist für die Banken und Konzerne der Eurozone von Interesse, inwieweit Akteure außerhalb der Eurozone bereit sind, den Euro als Geld zu benutzen. Dies ist von umso größerer Bedeutung, je mehr die finanziellen Verflechtungen mit Akteuren außerhalb der Eurozone anwachsen. Für Deutschland lässt sich beispielsweise feststellen, dass die Exporte in Länder außerhalb der Eurozone in den vergangenen Jahren schneller angewachsen sind als die Exporte in die Eurozone. Die auf die Austeritätspolitik gestützte Verteidigung des Euro ist also nicht nur Resultat der Europastrategien des deutschen Kapitals, sondern vor allem Resultat seiner Globalisierungsstrategien.

Aber die deutsche Regierung spielt den Zuchtmeister Europas nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals, sondern auch im Interesse dominanter Kapitalfraktionen in anderen Ländern der Eurozone. Nur so ist zu erklären, dass Sarkozy inzwischen weitgehend auf die Linie von Merkel eingeschwenkt ist. Und selbst die griechische Regierung will auf keinen Fall die Eurozone verlassen, obwohl die Austeritätspolitik den Binnenmarkt zerstört und die primär auf den Binnenmarkt angewiesenen Teile des Kapitals schädigt.

Nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten erzeugt die Krisenlösungsstrategie Widersprüche. Nach politischen Gesichtspunkten drängt das Krisenmanagement die Politik zunehmend in eine autoritär-liberale Politik hinein. Schon im Oktober 2008 wurden notstandsstaatliche Praktiken bei der Einrichtung des Sonderfonds zur Bankenrettung gewählt, die ein kleines, vom Parlament nicht weiter kontrolliertes Gremium mit der Macht ausstatteten, Banken im Bedarfsfall zu retten. Demokratische Entscheidungen über die Krisenlösungen wurden systematisch verhindert: In Griechenland wurde die Ankündigung des damaligen Ministerpräsidenten Papandreou Ende Oktober 2011, einen Volksentscheid über die von der Troika auferlegten Sparzwänge durchzuführen, unter internationalem Druck zurückgenommen. In Griechenland wie in Italien wurden sogenannte Expertenregierungen eingesetzt, die ihre Entscheidungen auf der Basis der vermeintlichen Sachzwänge und unabhängig von den Parteien oder vom Willen des Volkes treffen sollen. Proteste haben bisher weder in diesen Ländern noch in Spanien oder Portugal, Frankreich oder Deutschland an der Sparpolitik etwas verändert. Der Fiskalpakt wurde an den Verträgen und Verfahren der Europäischen Union vorbei beschlossen und ist möglicherweise unkündbar. Er zwingt dem Gesetzgeber eine strenge Haushaltsdisziplin und hohe Strafen im Fall des Zuwiderhandelns auf. Auf Widerstände der Abgeordneten im Deutschen Bundestag gegen ihre Politik hat Bundeskanzlerin Merkel am 1. September 2011 in einem Pressestatement mit der Bemerkung reagiert, dass sie Wege finden werde, «wie die parlamentarische

Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist».⁹ Kommentatoren hat die Ausrichtung auf Marktkonformität schockiert; der Skandal beginnt aber schon dort, wo das Parlament auf ein Mitbestimmungsgremium reduziert wird. Erwogen wurde vor Kurzem, Abgeordneten, die sich nicht an die Vorgaben der Fraktionsleitung halten wollen, die Redemöglichkeit im Bundestag zu verweigern – was einstweilen freilich an Widerständen im Parlament und in der Öffentlichkeit gescheitert ist. Vielleicht bezeichnet ein positiv gemeinter Buchtitel die Situation ganz angemessen: «Weniger Demokratie wagen».

8. Was tun?

Am Ende eines Textes Ratschläge zu erteilen, gilt als problematisch. Handelt es sich wirklich um Schlussfolgerungen aus den vorangegangenen Analysen? Macht man sich nicht de facto die Gedanken der Herrschenden, und wozu sollte man denen etwas empfehlen? Auch gibt es die demokratietheoretisch informierte Irritation, wenn man sich mit Vorschlägen an «die Linke» wendet, ob man überhaupt solche Vorschläge zum Handeln machen darf und ob das nicht autoritär sei. Freilich, es handelt sich um ein keineswegs einheitliches Kollektivsubjekt. Aber innerhalb dieser Linken gibt es vielleicht einzelne oder Gruppen, die sich mit ähnlichen Fragen und Problemen wie wir beschäftigen. Unsere Überlegungen sind unserem Selbstverständnis nach Gesichtspunkte, die wir in eine Diskussion dieser Linken bringen wollen; nicht zuletzt, um dazu beizutragen, dass die Linke zu einem handlungsfähigen Akteur wird, der in der Krise eigene Perspektiven entwickelt.

Die Vorschläge sind nicht erschöpfend gemeint; es gibt zahlreiche weitere. Wir haben gegenwärtig jedenfalls in Deutschland keine Situation wie in Russland im Herbst 1917, in der sich die Bedürfnisse der Massen in wenigen zentralen Forderungen (wie damals «Brot und Frieden») verdichten lassen. Unsere Vorschläge sind auch nicht abschließend gemeint. Eine Diskussion soll damit nicht für beendet erklärt werden, vielmehr soll es sich im Gegenteil um einen Anstoß handeln. Anders gesagt, wir nehmen einfach unser Recht auf Meinungsäußerung wahr, wollen aber niemandem das seinige oder ihrige nehmen, sondern anregen, nicht einfach die Krise nur zu beklagen, sondern mit der Analyse auch Handlungsmöglichkeiten auszuloten. Wir sind auch nicht der Ansicht, dass die Linke einfach darauf spekulieren kann, dass sich Proteste regen werden und aus diesen heraus spontan Perspektiven entwickelt werden.

Die folgenden Vorschläge gehen davon aus, dass eine sozialistische Transformation der Gesellschaft notwendig ist, dass diese aber nur möglich ist, wenn die Linke ein dialektisches Verständnis von Reform und Revolution entwickelt. Dies bedeutet, Reform und Revolution nicht einfach als simplen Gegensatz aufzufassen, sondern zu erkennen, dass sich Reformen unterschiedlich auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die gesellschaftliche Entwicklung auswirken und insofern die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mehr oder minder begünstigen können – dass aber auch Revolutionen nicht zwingend zu der notwendigen tiefen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse füh-

⁹ Dokumentiert von den Blättern für deutsche und internationale Politik unter <http://tinyurl.com/79s6yyz>.

ren. Es käme also darauf an, im Sinne einer «revolutionären Realpolitik» (Rosa Luxemburg) Reformen nicht nur unter dem Gesichtspunkt zu diskutieren, inwieweit sie die Lebenssituation der subalternen Klassen unmittelbar verbessern, sondern auch inwieweit sie dazu beitragen, Bedingungen schaffen, die einen Bruch mit den existierenden Herrschaftsverhältnissen ermöglichen.

1. Zuallererst ist es die Aufgabe der Linken, die Mechanismen zu verstehen und zu erklären, die dazu dienen, die gesellschaftlichen Prozesse derart zu organisieren, dass am Ende der gesellschaftliche Reichtum bei einigen wenigen hängen bleibt. Tatsächlich haben die seit den 1980er-Jahren in Gang gesetzten neoliberalen Veränderungen der OECD-Staaten zu einer immensen Umverteilung geführt. Das Vermögen einer winzigen Zahl von Reichen ist enorm gewachsen. Auf der anderen Seite kam es zur härteren Ausbeutung der Lohnabhängigen und zu einer Zunahme der Armen, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Es geht also darum, den Einschüchterungsversuchen mittels des Arguments, die Finanzkrise sei so komplex, die Kraft ebenso zu nehmen wie falschen Deutungen (alles sei Resultat der Gier, des Strebens nach Zins, des deutschen Imperialismus) entgegenzutreten, weil sie falsche praktische Implikationen haben. Solche Analysen haben auch den Sinn, zur Selbstaufklärung und Rationalität der Linken selbst beizutragen, wenn wir von der Linken als einer gesellschaftlichen Kraft sprechen, deren Ziel es ist, zu freien und aufgeklärten gesellschaftlichen Verhältnissen beizutragen, die vom Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Arbeit und der freien

Entwicklung aller und nicht aus dem Gesichtspunkt des Profits weniger organisiert werden.

2. Die Wirtschafts- und Finanzkrise weist auf den Doppelcharakter der Arbeit hin: Sie schafft nicht nur Gebrauchswerte, sondern ist Grundlage der Aneignung von Wert. Das Ausmaß der Überakkumulation ist gewaltig. Die kapitalistischen Gesellschaften sind zu reich geworden, um diesen Reichtum immer noch weiter verwerten zu können. Zur Kapitalvernichtung gibt es keine Alternative. Diese kann in Prozessen der Zerstörung ganzer Volkswirtschaften, einzelner Unternehmen oder Schuldentitel stattfinden, in einem Prozess der schleichenden Inflation oder aber in einem demokratisch organisierten Prozess, in dem über Eigentumsansprüche kollektiv nachgedacht und entschieden wird, um sie gezielt zu annullieren oder zu bestätigen. Dies kann in der Schließung von Industriebetrieben oder Banken bestehen, in der Einführung von Zwangsanleihen oder in der Überführung von Privateigentum in öffentliches Eigentum. Auf eine demokratisch organisierte Annullierung von Eigentumstiteln und Vernichtung von (fiktivem) Kapital zielt unter anderem die Kampagne für ein Schuldenaudit in Europa. Damit wird angestrebt, zwischen den verschiedenen Gruppen von Schuldnern zu unterscheiden: Lohnabhängige und ihre Ersparnisse und Rentenversicherungen oder spekulativ operierende Hedgefonds. Entsprechend können Entscheidungen darüber fallen, welche Schulden anerkannt und bedient werden und welche nicht.

3. Der Euro war kein Projekt der Linken, im Gegenteil gab es vor seiner Einführung Kritik (vgl. Altvater/Mahnkopf

1993; Glawe/Schröder 1997); er war aber auch kein Projekt nur Deutschlands (vgl. Bieling/Steinhilber 2000; Bieling 2010). Vielmehr wurde er unter anderem eingeführt, weil flexible Wechselkurse für das europäische Kapital angesichts der hohen Dichte von Transaktionen in Europa eher dysfunktional waren und weil vorangegangene Versuche der Stabilisierung der Wechselkurse wie das Europäische Währungssystem letztlich auch an den Widersprüchen der internationalen Arbeitsteilung und der ungleichen Entwicklung gescheitert sind. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen würde lediglich die Möglichkeiten der Währungsspekulation in Europa vergrößern. Es ist eher unrealistisch, dass Länder wie Griechenland durch den Austritt aus der Eurozone größere Handlungsspielräume gewinnen würden.¹⁰ Der Förderung der Exporte durch die Abwertung der eigenen Währung würden steigende Importpreise und eine Erhöhung der realen Außenverschuldung gegenüberstehen. An den extrem ungleichen Produktionsstrukturen würde sich vermutlich wenig ändern, Griechenland oder Portugal hätten wenig zu exportieren. Die Inflation würde zunehmen; Sparguthaben und Rentenansprüche der Lohnabhängigen würden entwertet werden. Eine Verstärkung der Armut, der Abwanderung, des Transfers von Sparguthaben und der Abhängigkeit wären die Folgen. Die Frage ist auch, ob ein Abschied vom Euro nicht letztlich das Ende der europäischen Integration bedeuten und nationalistischen sowie autoritären oder faschistischen Kräften in Europa noch erheblich stärkeren Auftrieb geben würde.

In der Krise ist es nicht die Aufgabe der Linken, den Euro zu verteidigen oder

umgekehrt gegen den Euro zu mobilisieren. Hauptaufgabe der Linken ist es, zur besseren Verteidigung der subalternen Klassen gegen die Austeritätspolitik beizutragen. In Deutschland geht es etwa darum, in den anstehenden Tarifauseinandersetzungen die Forderung nach Lohnsteigerungen zu unterstützen, die höher sind als die Summe von Produktivitätssteigerungen und Zielinflationsrate. Eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, die Rücknahme der Rente ab 67, die Erhöhung des Eckregelsatzes beim Arbeitslosengeld II, Einführung eines allgemeinen, existenzsichernden Mindestlohnes, Erhöhung der Spitzensteuersätze und eine Dynamisierung der Progression, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Vermögensabgabe und Zwangsanleihe, Ausbau der öffentlichen Infrastruktur im Bereich der Kinderbetreuung, der Pflege, des Bildungswesens, der Lehre und Forschung an den Hochschulen, die Übernahme der Bahn durch den Staat und die Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs stellen wichtige Ziele dar.

4. Formen solidarischer Ökonomie und Wirtschaftsdemokratie sind wichtige Bausteine für eine Transformation der kapitalistischen Ökonomie (vgl. Dellheim 2008; Demirović 2007). Zur solidarischen Ökonomie gehören Formen, die ohne Geldvermittlung und Konkurrenz auskommen: Schenkungen, kostenlose Zurverfügungstellung des eigenen Arbeitsvermögens, Tauschringe; dazu gehören auch Formen des geteilten und gemeinsamen Eigentums, an dessen Erzeugung und Pflege viele Menschen teilnehmen (Open-Source-Software).

¹⁰ Die Gegenthese hat Costas Lapavistas mit seinen Mitarbeitern mehrfach vertreten, zuletzt in Lapavistas u. a. 2011. Vgl. zur Kritik an Lapavistas auch Onaran 2011.

Auch Genossenschaften sind dazuzuzählen. Sie binden Kapital lokal, ermöglichen die Beteiligung der Genossenschaftsmitglieder, überschüssige Einnahmen werden in hohem Maße reinvestiert. In der formellen, kapitalistischen Ökonomie kann Wirtschaftsdemokratie Einfluss auf Unternehmen und ihre Politik nehmen: Veräußerungen oder Zukäufe könnten Gegenstand der Entscheidung werden, Arbeitsverhältnisse, Entlassungen oder Neueinstellungen, Investitionen, Forschung und Entwicklung. Die Wirtschaftsdemokratie müsste weiter gestärkt werden, indem alle Unternehmen gleich welcher Rechtsform beispielsweise ab einer Mitarbeiterzahl von 500 Beschäftigten der Mitbestimmung durch Vertreter der Beschäftigten in Aufsichtsräten unterworfen werden. Hinzu müsste auch die Beteiligung von Vertretern der Konsumenten kommen. Nachdem dies jahrzehntelang vergeblich von den Gewerkschaften gefordert wurde, wäre nun doch an eine Verwirklichung von Branchen- und Strukturräten zu denken. Dies ist wichtig, um nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten EU eine ausgewogene Industrie- und Dienstleistungsstruktur zu schaffen, die die autoritär-liberale Wettbewerbsorientierung ablöst. Hinzu käme der Ausbau eines öffentlichen Sektors, der durch Gremien bestimmt wäre, die einer demokratischen Kontrolle unterworfen wären. Dies gälte auch für die öffentlich-rechtlichen Medien. An die Stelle ihrer bisherigen Kontrolle durch Parteien und Verbände müsste eine Demokratisierung der Gremien treten, die eine demokratische und kritische Berichterstattung und öffentliche Diskussion ermöglichen.

Ein zentrales Feld der Wirtschaftsdemokratie ist aus heutiger Sicht der Bereich des Finanzsektors. Dessen Demokratisierung lässt sich nicht allein über Mitspracheregulungen auf betrieblicher oder unternehmerischer Ebene von Banken, Fonds oder Versicherungen herstellen. Notwendig sind nicht nur Regulierungen, die eine stärkere Eigenkapitalbildung der Banken erzwingen, oder Maßnahmen wie die Finanztransaktionssteuer. Es sollte auch weiter überlegt werden, die Spar- und die Kreditfunktion ganz in öffentlichen Banken zu konzentrieren. Dies könnte es nicht nur ermöglichen, dass alle Bürger wie selbstverständlich ein kostenloses Girokonto erhalten; öffentliches Eigentum ist die *notwendige* Voraussetzung dafür, dass der spekulativen Verwendung von Ersparnissen entgegengewirkt werden kann.¹¹ Kredite könnten nach demokratischen Gesichtspunkten und solchen der sozialökologischen Nachhaltigkeit vergeben werden.

5. Was die Europapolitik angeht, so kämpft die Linke an zwei Fronten. Sie muss zum einen den neoliberalen Zugschnitt der EU deutlich kritisieren und alle Angriffe der herrschenden Klassen auf die Demokratie, die Arbeitsbedingungen und die sozialen Errungenschaften der Lohnabhängigen, die über die europäische Ebene erfolgen, zurückweisen. So war es richtig, den EU-Verfassungs-

¹¹ Öffentliches Eigentum – im Sinne bloß *juristischen* Eigentums – ist freilich keine *hinreichende* Voraussetzung dafür, wie die Entwicklung der Landesbanken gezeigt hat. Neue Formen der demokratischen Kontrolle öffentlicher Unternehmen müssen entwickelt werden. Für Banken wie für andere Unternehmen gilt: Solange ein öffentlicher Sektor mit einem privaten Sektor koexistiert, müssen die Unternehmen des öffentlichen Sektors mit denen des privaten Sektors um Marktanteile konkurrieren und sich in ähnlicher Weise profitorientiert verhalten. Das öffentliche Eigentum läuft unter diesen Bedingungen immer Gefahr, ein rein juristischer Überbau zu bleiben, der die Unterordnung des Öffentlichen unter die kapitalistische Produktionsweise bemäntelt.

vertrag, der die Wirtschafts- und Sozialordnung auf ein neoliberales Modell festlegen wollte, abzulehnen. Ebenso ist es richtig, den Euro-Plus-Pakt, den sogenannten Sixpack und den Fiskalpakt abzulehnen, da alle diese Maßnahmen darauf zielen, die neoliberale Ausrichtung des Europäischen Stabilitätspaktes noch zu verschärfen und die haushaltspolitische Souveränität der nationalen Parlamente weiter einzuschränken, ohne im Gegenzug die Demokratie auf europäischer Ebene zu stärken. Zum anderen sollte die Linke sich gegen nationale bzw. nationalistische (auch gegen links-nationalistische) Argumentationsmuster und Strategien wenden. Die besondere Herausforderung besteht darin, überzeugende Strategien gegen rechtspopulistische Kampagnen und autoritär-staatliche Prozesse zu entwickeln. Es ist notwendig, aus dem Spiel von Identifikation und Gegenidentifikation auszubrechen; es geht hier nicht um Gegenidentifikation, sondern um Entidentifizierung (Pêcheux 1984).

Es geht weder um eine Verteidigung der heutigen EU, noch um eine Rückkehr zum Nationalstaat. Ziel müsste es sein, die Einheit der subalternen Klassen in Europa durch gemeinsame Kämpfe herzustellen. Bisher ist es allerdings selten gelungen, die Kämpfe wirklich zu europäisieren.¹² Vorbildlich sind zum Beispiel Solidaritätsstreiks bei Angriffen auf Beschäftigte multinationaler Konzerne an einzelnen Standorten, wie etwa die Streiks an verschiedenen europäischen Standorten von General Motors im Jahr 2001, als der Konzern das Werk Luton in Großbritannien schließen wollte. Des Weiteren müsste dringend eine europäische Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik verwirklicht werden. Der

Europäische Metallgewerkschaftsbund hat bereits Regeln zur Koordinierung der Tarifpolitik aufgestellt, doch sind diese in der Praxis bisher kaum beachtet worden. Schließlich müsste die Tariffähigkeit auf europäischer Ebene erkämpft werden. Die Gewerkschaften müssen auf europäischer Ebene als Verhandlungspartner anerkannt werden und Veto- und Mitspracherechte dort erhalten, wo Arbeitnehmerrechte betroffen sind. Supranationale, handlungsfähige Gewerkschaften und politische Parteien der subalternen Klassen sind bisher auf europäischer Ebene kaum existent und müssten dringend gestärkt werden.

Perspektivisch sollte sich die Linke an einer politischen Union orientieren, die demokratisch strukturiert ist und einen sozialen Ausgleich innerhalb von Europa gewährleisten kann. Eine demokratische Verfassung ist erforderlich, die den sozial-ökologischen Umbau ermöglicht. Entsprechend sollten die Politik der EZB und die Hilfen für die Schuldnerländer auf soziale und ökologische Ziele verpflichtet werden und nicht auf Austeritätsmaßnahmen, die am Ende zur Verschlechterung der Lebens- und Umweltbedingungen beitragen werden. Ohne parlamentarische Illusionen zu nähren, ist es doch sinnvoll, dafür einzutreten, dass das europäische Parlament endlich alle relevanten Rechte eines Gesetzgebers erhält und die Europäische Kommission und ihre gesamte Verwaltung wenigstens formell kontrolliert. Eine europäische Öffentlichkeit muss gestärkt werden, in der auch über europäische Fragen diskutiert und eine entsprechende europäische Willensbildung vorangetrieben werden kann. Das alles ist auch notwendig, um der

¹² Vgl. dazu etwa die detaillierte Darstellung von Protestaktionen im Herbst 2010 bei Dellheim 2011.

Erosion der Demokratie und der häufigen Inanspruchnahme notstandsstaatlicher Politikmuster (technokratische Kabinete, multilaterale Verträge, Außerkraftsetzung von Parlamentskompetenzen) politische Institutionen entgegenzustellen. Es bedarf einer gemeinsamen Steuerpolitik, um dem Steuersenkungswettbewerb in Europa Einhalt zu gebieten. Soziale Mindeststandards bei den Arbeits- und Lebensbedingungen sollten durchgesetzt und schrittweise angehoben werden. Korridore für den Anteil der Sozialausgaben am Pro-Kopf-Einkommen der europäischen Staaten könnten vereinbart werden, um einem Sozialdumping entgegenzuwirken. So könnte eine europäische Sozialunion entstehen.

6. Auch wenn die Defensive gegen die Austeritätspolitik erfolgreich wäre und es gelingen würde, die oben genannten Forderungen auf nationaler und europäischer Ebene durchzusetzen, würden die Widersprüche, die in der kapitalistischen Produktionsweise wurzeln, nicht verschwinden. Die Krisentendenzen würden lediglich wieder andere Formen annehmen. Ähnlich wie in den 1970er-Jahren könnten dann inflationäre Prozesse in den Vordergrund treten. Im Übrigen wäre jede linke Reformpolitik sofort mit der Drohung der Kapitalflucht konfrontiert, wie dies etwa bei der französischen Linksregierung Anfang der 1980er-Jahre der Fall war. Die Größe des europäischen Wirtschaftsraums und seine ökonomische Macht lassen Kapitalflucht sicherlich nicht ganz so attraktiv erscheinen. Zudem zeigen die Maßnahmen, die die USA gegen die Schweiz ergriffen haben, dass es erhebliche Mittel gibt, gegen Kapitalflucht vorzugehen. Insgesamt ist dies ein weiterer Grund dafür, über die unmittelbar anstehenden Schritte hin-

auszudenken und Reformen mit einer sozialistischen Perspektive zu artikulieren. Die meisten europäischen Länder sind zu klein und zu stark mit anderen Ländern verflochten, um alleine mit der kapitalistischen Produktionsweise brechen zu können. Umgekehrt wird ein «europäischer Frühling» aber auch nicht auf ein Land beschränkt bleiben. Ein von unten neu aufgebautes, sozialistisches Europa könnte der Rahmen sein, um den Übergang zu einer anderen Produktions- und Lebensweise in Europa und darüber hinaus einzuleiten.

7. Eine wichtige Aufgabe der Linken ist es, eine umfassende Perspektive der Emanzipation zu entwickeln, die nicht die eine oder andere Herrschaftsform ignoriert. Dies schließt den sozial-ökologischen Umbau und Formen der solidarischen Ökonomie und Wirtschaftsdemokratie¹³ ebenso ein wie die Überwindung von sexistischen Verhältnissen oder Rassismus. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa wären auch nur eine Form des Übergangs hin zur Vereinigung der gesamten Menschheit, zu einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft, in der der Staat abstirbt.

Alex Demirović lehrt zurzeit politische Theorie an der Technischen Universität Berlin, ist Mitglied der Redaktion der PROKLA und gehört dem Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

Thomas Sablowski ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie der Globalisierung und Mitglied der Redaktion der PROKLA.

¹³ Unsere Überlegungen zur Wirtschaftsdemokratie und zur Produktionsweise eines Vereins freier Menschen finden sich u. a. in Demirović 2007 und Sablowski 2010.

LITERATUR

Michel Aglietta: A Theory of Capitalist Regulation. The U.S. Experience, London 1979.

Greg Albo/Sam Gindin/Leo Panitch: In and Out of Crisis. The Global Financial Meltdown and Left Alternatives, Oakland 2010.

Elmar Altvater: Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: Aktualisierung Marx', Argument-Sonderband AS 10/1983.

Elmar Altvater: Operationsfeld Weltmarkt oder: Die Transformation des souveränen Nationalstaats in den nationalen Wettbewerbsstaat, In: PROKLA 97/1994.

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht, Münster 1993.

Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber: Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration, in: Hans-Jürgen Bieling/Jochen Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000.

Hans-Jürgen Bieling: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS): Statistisches Taschenbuch 2009. Arbeits- und Sozialstatistik, Berlin 2009.

Robert Boyer: La théorie de la regulation, Une analyse critique, Paris 1986.

Lutz Brangsch: Griechische Krisen und deutsche Exportüberschüsse, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Standpunkte 25/2011.

Brian K. Bucks/Arthur B. Kennickell/Traci L. Mach/Kevin B. Moore: Changes in U.S. Family Finances from 2004 to 2007: Evidence from the Survey of Consumer Finances, in: Federal Reserve Bulletin 95/2009, A 1–A55.

Mario Candeias: Passive Revolutionen vs. sozialistische Transformation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin 2010.

Judith Dellheim: Solidarische Ökonomie – ein Thema für sozialistische Politik, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Standpunkte 28/2008.

Judith Dellheim: Ein Diskussionsbeitrag aus internationalistischer Perspektive, in: Cornelia Hildebrandt/Nelli Tügel (Hrsg.): Der Herbst der «Wutbürger», Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin 2011.

Alex Demirović: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven, Münster 2007.

Alex Demirović: Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie, in: PROKLA 157/2009.

Alex Demirović u.a.: VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011.

Paulo L. Dos Santos: On the Content of Banking in Contemporary Capitalism, in: Historical Materialism, 17/2009.

Heiner Dribbusch: 60 Jahre Arbeitskampf in der Bundesrepublik. Ein Überblick, in: Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten (Hrsg.): Zukunft der Tarifautonomie, Hamburg 2010.

European Commission: Statistical Annex of European Economy, Brüssel 2002.

- European Commission:** Statistical Annex of European Economy, Brüssel 2011.
- Trevor Evans:** Die internationalen finanziellen Turbulenzen, in: Miren Etxezarreta/Trevor Evans/Jörg Huffschmid/Anne Karrass/Frieder Otto Wolf u. a.: EuroMemo 2007, Hamburg 2008.
- Heiko Glawe/Markus Schröder:** Der Euro und die «Idee Europa». Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration? Hamburg 1997.
- Antonio Gramsci:** Gefängnishefte, Berlin/Hamburg 1991 ff.
- Alexander Grasse:** Italienische Finanzkrise und Börsendemokratie. Fakten – Analysen – Maßnahmen, PIFO – Politische Italien-Forschung, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Occasional Papers 13/2012.
- Robert Guttman:** How Credit-Money Shapes the Economy. The United States in a Global System, Armonk 1994.
- David Harvey:** Die Geographie des «neuen» Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, in: Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004.
- Michael Heine/Hansjörg Herr:** Die Europäische Währungsunion im Treibsand, in: PROKLA 144/2006.
- Martin Hesse/Christoph Pauly/Thomas Schulz/Anne Seith:** USA against Deutsche Bank, in: Der Spiegel vom 30.1.2012.
- Joachim Hirsch:** Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin/Amsterdam 1995.
- Max Horkheimer:** Autorität und Familie, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 3, Frankfurt am Main 1988a.
- Max Horkheimer:** Die Juden und Europa, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt am Main 1988b.
- Jörg Huffschmid:** Das Ende des Finanzmarktkapitalismus? in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 78/2009.
- International Labor Organization (ILO):** Global wage report 2008–2009, Genf 2009.
- Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (IfG):** Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, Thesen, Berlin 2011.
- Makoto Itoh/Costas Lapavitsas:** Political Economy of Money and Finance, Houndmills 1999.
- Anne Karrass:** Hintergrundpapier Fiskalvertrag, 2012, http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120329_anne_karrass_hintergrundpapier_fiskalvertrag.pdf
- Arthur Kennickell/Janice Shack-Marquez:** Changes in Family Finances from 1983 to 1989: Evidence from the Survey of Consumer Finances, in: Federal Reserve Bulletin 8/1992.
- Costas Lapavitsas:** Financialised Capitalism: Crisis and Financial Expropriation, in: Historical Materialism 17/2009.
- Costas Lapavitsas u. a.:** Breaking up? A route out of the Eurozone crisis, Research on Money and Finance, RMF Occasional report 3/2011.
- Filippa Lentzos/Nikolas Rose:** Die Unsicherheit regieren. Biologische Bedrohungen, Notfallplanung, Schutz und Resilienz in Europa, in: Patricia Purtschert/Katrin Meyer/Yves Winter (Hrsg.): Gouvernamentalität und Sicherheit, Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault, Bielefeld 2008.
- Alain Lipietz:** Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff der «Regulation», in: PROKLA 58/1985.

Peter Marcuse: Ein anderer Blick auf die Subprime-Krise, in: PROKLA 153/2008.

Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Berlin, verschiedene Jahre (zitiert als MEW mit Bandnummer).

McKinsey: Mapping global capital markets 2011, o. O. 2011.

John Milios/Dimitris P. Sotiropoulos: Crisis of Greece or crisis of the euro? A view from the European «periphery», in: Journal of Balkan and Near Eastern Studies 12/2010.

Gretchen Morgenson: Arcane market is next to face big credit test, in: New York Times vom 17.2.2008.

Klaus Müller/Rudi Schmidt: Von der griechischen zur europäischen Krise, in: PROKLA 159/2010.

Lukas Oberndorfer: Der Fiskalpakt – ein weiterer Schritt in Richtung Entdemokratisierung, Arbeiterkammer Wien, Infobrief EU & International 1/2012.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD): Employment Outlook 2007, Paris 2007.

Özlem Onaran: An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe. A reply to Costas Lapavistas, o. O. 2011, <http://gesd.free.fr/ozlem2lap.pdf>

Michel Pêcheux: Zu rebellieren und zu denken wagen! Ideologien, Widerstände, Klassenkampf, in: kultuRRevolution 5/1984 und 6/1984.

Thomas Piketty/Emmanuel Saez: Income Inequality in the United States, 1913–2008, Datensatz vom Juli 2010, <http://elsa.berkeley.edu/~saez/TabFig2008.xls>.

Nicos Poulantzas: Die Krise der Diktaturen, Frankfurt am Main 1977.

Thomas Sablowski: Kapitalmarkt-orientierte Unternehmensführung und neue Branchenstrukturen: Das Beispiel der InfoCom-Industrie, in: Klaus Dörre/Bernd Röttger (Hrsg.): Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg 2003.

Thomas Sablowski: Shareholder-Value. Neue Geschäftsmodelle und die Fragmentierung von Wertschöpfungsketten, in: Hilde Wagner (Hrsg.): «Rentier' ich mich noch?» Neue Steuerungskonzepte im Betrieb, Hamburg 2005.

Thomas Sablowski: Die Produktionsweise eines Vereins freier Menschen, in: Luxemburg, Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 4/2010.

Engelbert Stockhammer: Charakteristika eines finanz-dominierten Akkumulationsregimes in Europa, in: WSI-Mitteilungen 12/2007.

U.S. Department of Commerce/ Bureau of Economic Analysis: National Income and Product Account – NIPA, Table 1.14, <http://www.bea.gov/national/nipaweb/SelectTable.asp?Selected=N>.

Kostas Vergopoulos: Economic Crisis and Modernization in Greece, in: International Journal of Political Economy, 17/1987/88.

Paul Windolf: Eigentümer ohne Risiko. Die Dienstklasse des Finanzmarktkapitalismus, in: Zeitschrift für Soziologie 6/2008.



NEUE REIHE
der Rosa-
Luxemburg-
Stiftung

**Erstmalig im
MÄRZ 2012
erschienen**

STUDIEN
POLITISCHE ZIELKONFLIKTE

**Bei der Umsetzung der Schuldenbremse auf
Bundes- und Länderebene**

Dieter Vesper

«Die Auseinandersetzung mit der sogenannten Schuldenbremse hat durch die jüngste Finanzmarktkrise Aktualität gewonnen. Viele sehen die Lösung der Krise darin, dass Europa das Modell der Schuldenbremse übernimmt. Doch wird die Implementierung dieser Bremse gravierende ökonomische wie politische Konsequenzen nach sich ziehen. Nicht die Existenz einer Schuldenbremse ist notwendige Voraussetzung für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern ein Konjunkturaufschwung. Eine Austeritätspolitik höhlt indes die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen aus und bewirkt im Zweifel das Gegenteil einer Konsolidierung.»

Dieter Vesper

Zu finden unter: www.rosalux.de/publikationen



ROSALUX 1/2012

EUROPA ALS BEUTE

Zum Thema «Politik in der Schuldenkrise»

Mit Beiträgen von Sahra Wagenknecht, Elmar Altvater, Margarita Tsomou, Lutz Brangsch u. a.

Viele Themen, die in der RosaLux behandelt werden, haben eine langfristige Bedeutung, aber nicht alle sind unbedingt tagespolitisch brisant. Deshalb werden Sie in diesem Heft zum Thema «Wulff und Gauck» nichts finden – vielleicht eine angenehme Abwechslung von der Berichterstattungsflut.

Das Thema «Europa», das ohne «Krise» derzeit kaum gedacht werden kann, ist beides: sehr aktuell und von grundlegender Bedeutung. Zunehmend ist die Europa- und Krisenfrage mit einer umfassenden Demokratiethematik verbunden. In einem Wikipedia-Eintrag zum Stichwort «Postdemokratie» wird die Definition des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch zitiert: «Ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.»



LUXEMBURG 1/2012
«ENERGIEKÄMPFE»

Mit Beiträgen von Alberto Acosta, Tadzio Müller, Dieter Klein, Ewa Charkiewicz, Michael T. Klare u. a.

Die ausgerufenen «Energiewende» setzt auf Grünen Kapitalismus. Wie die Dampf- und Webmaschinen für den Beginn der industriellen Revolution standen, wie Taylorisierung und Fließband die technische Basis für den Fordismus und die IT-Revolution für die Globalisierung bereitstellte, soll die globale Energiewende die Grundlage für einen ökologischen Umbau der Produktionsweise und neue Wertschöpfungsstrategien liefern. Nicht nur in der Bundesrepublik kämpfen dabei gerade jene um eine führende Rolle, die bislang eine Energiewende mit Macht blockiert haben: die fossilistischen Kapitalgruppen und die Oligopolisten der Stromversorgung. Favorisiert werden marktförmige Lösungen, die der Struktur und Macht der Konzerne entsprechen und das dezentralisierende Potenzial der neuen Technologien konterkarieren. (...)

www.zeitschrift-luxemburg.de

IMPRESSUM

Die Reihe ANALYSEN wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Sabine Nuss
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel. 030 44310-434, Fax 030 44310-122,
nuss@rosalux.de, www.rosalux.de
ISSN 2194-2951
Layout und Satz: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf: Circle Offset Premium White,
100% Recycling
Berlin, Juni 2012

«In der Krise ist es nicht die Aufgabe der Linken, den Euro zu verteidigen oder umgekehrt gegen den Euro zu mobilisieren. Hauptaufgabe der Linken ist es, zur besseren Verteidigung der subalternen Klassen gegen die Austeritätspolitik beizutragen.»

ALEX DEMIROVIĆ UND THOMAS SABLowski

